

Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Ersteinst. Sonntag.
Bezugspreis vierteljährlich 1,50 RM
ohne Postbestellgebühr. Nur Post-
bezug. Verschickung bei allen Post-
stellen. Reichsdruckerei Berlin S. 69.
Verbanstr. 63 I. Fernr.: BR 91 9653.

Anzeigenpreis
die viergespaltene Zeile 90 Pf.;
für Werbungsblätter 60 Pf.;
Stellenangebote 60 Pf.; Veram-
lungsmittel 10 Pf. Der An-
zeigenpreis ist vorher zu entrichten.

Nr. 45.

Berlin, den 2. November 1919.

35. Jahrgang.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Dem Kollegen Karl Diez, Buchnummer 42 993, ist sein Mitgliedsbuch auf der Reise vermutlich gestohlen worden. Sollte das Buch irgendwo vorgezeigt werden, bitten wir es einzuziehen und an uns einzusenden.

Der Verbandsvorstand.

Antrag

auf „Allgemeine Verbindlichkeit“ eines Tarifvertrages für die Betriebe der Kartonnagenindustrie im Gebiet der Provinz Schlesien.

Der Zentralverband deutscher Kartonnagenfabrikanten, Landesverband Schlesien, und die Bezirksleitung des Buchbinderverbandes, Bezirk Schlesien und Posen, haben beantragt, den zwischen ihnen am 19. August 1919 abgeschlossenen Tarifvertrag zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der gewerblichen Arbeiter in der Kartonnagenindustrie gemäß § 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 („Reichsgesetzblatt“ S. 1456) für das Gebiet der Provinz Schlesien für allgemeinerbindlich zu erklären.

Einwendungen gegen diesen Antrag können bis zum 31. Oktober 1919 erhoben werden und sind unter Nummer I B. R. 3124 an das Reichsarbeitsministerium, Berlin, Luisenstraße 33, zu richten.

Die Verhandlungen zur Schaffung eines Reichstarifes

Saben am Montag, den 27. Oktober, im Buchgewerbehause in Leipzig begonnen. Vertreten sind von Unternehmerseite der Verband Deutscher Buchbindereibesitzer, der Bund Deutscher Buchbindervereinigungen, der Deutsche Buchdruckerverein, der Arbeitgeberverband der Papier bearbeitenden Industrien, Gruppe Geschäftsbücher, und der Verband der Briefumschlagfabrikanten; von Arbeitnehmerseite vier Vertreter des Verbandsvorstandes, der Tarifauschuss und ein Vertreter des graphischen Zentralverbandes.

Der Beginn der ursprünglich für den 24. Oktober angelegten Verhandlungen war verschoben worden, weil die Unternehmer mit ihren Vorbereitungen bis zu diesem Zeitpunkt nicht zu Ende gekommen waren.

Verhandlungen über neue Teuerungszulagen für die Etsuiindustrie.

Am 15. Oktober war an den Verband der Etsui-fabrikanten der Antrag auf Bewilligung neuer Teuerungszulagen gestellt worden. Durch verschiedene Umstände begünstigt, konnten schon am 23. Oktober in Leipzig die Vertreter beider Parteien zusammenkommen, um über den gestellten Antrag zu beraten. Diese Verhandlungen gestalteten sich dadurch schwierig, daß die Unternehmer ohne vorherige Rücksprache mit ihren Mitgliedern zu einem endgültigen Abschluß nicht autorisiert waren. Es steht jedoch zu erwarten, daß die weiteren Verhandlungen zu einem Ergebnis führen werden.

Arbeitstarif im Hamburger Kartonnagen-gewerbe.

Der zwischen dem Deutschen Buchbinderverband Hamburg-Altona und dem Verein der Kartonnagenfabrikanten von Hamburg-Altona und Umgegend am 26. Mai 1919 abgeschlossene Tarifvertrag zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Kartonnagenbetrieben wurde vom Reichsarbeitsminister für die Stadtbezirke Hamburg, Altona und Wandsbek vom 15. Oktober ab für allgemein verbindlich erklärt. („Papier-Zeitung“.)

Ein Wort an unsere Kolleginnen und die Frauen unserer Mitglieder!

S. A. K. Viele haben das Problem der Sozialisierung unserer Produktion zu einer Prinzipienfrage gemacht, ohne dabei zu bedenken, daß es in der Praxis nur gelöst werden kann, wenn die wirtschaftlichen Vorbedingungen dazu gegeben sind. Unsere heutige Wirtschaftslage ist nicht gerade besonders gut geeignet zur Sozialisierung; das sagt nicht nur unsere jetzige Regierung, das sagen nicht nur die Sozialdemokraten, das sagen auch Führer der Unabhängigen, wie Kautsky, Bernstein u. a. Bei unserer dantiederliegenden Volkswirtschaft, unserer niedrigen Valuta, unserem Kohlenmangel, unserer geschwächten Volkskraft usw. ist jeder Versuch zur Ueberführung von Betrieben oder Gewerben in Gemeinwirtschaft ein wohl zu überlegendes Experiment. Wir wollen doch schließlich nicht sozialisieren um des Prinzips willen, ganz gleich, wie die Folgen sein werden, sondern weil wir durch die Sozialisierung die Produktion steigern, unser Volk bereichern und den erzielten Gewinn der Allgemeinheit nutzbar machen wollen. Daß dies unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen nicht ohne weiteres erreicht werden kann, wird wohl niemand bestreiten wollen.

Deshalb soll nun aber die Sozialisierung nicht beifolge gelegt oder auf dem Sande-Nimmerleinssteg verschoben werden, sondern wir müssen die Frage von mehreren Seiten aus angreifen. Was der Regierung vielfach nicht möglich ist, weil die Widerstände zu groß sind, das sollen wir Frauen in die Hand nehmen, und zwar hauptsächlich wir Hausfrauen, die wir als Haushälterinnen das Einkommen der Familie zu verwalten haben. Der Weg ist ganz einfach; wir müssen unsere Kaufkraft organisieren. Wir müssen uns den schon bestehenden Konsumgenossenschaften anschließen oder, wo noch keine vorhanden sind, uns eine solche Organisation schaffen. Mit unserem Einkauf beim Krämer und Wäder schaffen wir Privatgewinne und aus dem ersparten Gewinn wird Privatkapital. Organisieren wir aber unseren Einkauf in der Konsumgenossenschaft, dann hat nicht der Krämer oder Wäder, sondern wir selbst haben den Gewinn. Lassen wir alle nun diesen Gewinn ganz oder zum großen Teil in der gemeinschaftlichen Kasse unserer Organisation, so bilden wir Gemeinschaftskapital. Dieses wird für die Mitglieder der Genossenschaft nutzbringend angewandt zur Erweiterung der Organisation, die in absehbarer Zeit zur Eigenproduktion führen muß. Dadurch verwandelt sich nun nicht nur der Kundengewinn, sondern auch der Herstellungsgewinn in Gemeinschaftskapital. Wir verhindern also

durch unsern organisierten Einkauf, daß sich aus dessen Handels- und Herstellungsgewinn Privatkapital bildet und treiben also dadurch einen Keil in die kapitalistische Wirtschaft, der um so kräftiger wirken kann, je stärker unsere Konsumgenossenschaftsbewegung wird.

Der Weg ist nicht neu, haben wir doch solche Organisationen schon seit Jahrzehnten, die sich von kleinen Anfängen zu großen, achtunggebietenden Betrieben entwickelt haben. Die einzelnen Konsumvereine haben zum großen Teil eigene Produktionsbetriebe, Bäckereien, Fleischerereien, Zelferwasserfabriken, Reparaturwerkstätten usw., die den Bedarf für die Mitglieder selbst herstellen und dadurch erheblichen Fabrikationsgewinn dem Privatkapital entziehen und der Gemeinwirtschaft der Mitglieder zuführen.

Die organisierten Konsumenten haben sich aber auch einen eigenen Großhändler in der Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine geschaffen und schalten hier also auch den Privatgewinn des Großhandels aus, der für den großen Bedarf der Mitglieder erheblich ins Gewicht fällt. Auch diese Großverkaufsgesellschaft besitzt Eigenproduktionsbetriebe, deren bekannteste die Seifenfabriken in Miesha und Düsseldorf sind; sie hat ihre Produktion aber auch auf die Herstellung einer Reihe anderer Bedarfsartikel und auch Lebensmittel ausgedehnt, bei deren Gewinnen natürlich daselbe zutrifft wie bei den Eigenbetrieben der einzelnen Konsumvereine.

Dem Zentralverband deutscher Konsumvereine gehörten im letzten Jahre drei Millionen Mitglieder in 1100 Vereinen an. Rechnen wir im Durchschnitt die Familie der Mitglieder zu 5 Personen, so bedeutet dies, daß circa 15 Millionen ihren Bedarf auf genossenschaftlichem Wege beziehen und an dem größten Teil ihres Verbrauches den Privatgewinn ausschalten. Die im letzten Jahre von den organisierten Konsumenten in ihren eigenen Geschäften umgesetzte Summe betrug 700 Millionen Mark, davon entfallen auf die Eigenproduktion 175 Millionen Mark. Wir haben also heute in unserm privatkapitalistischen Zeitalter einen Umsatz von 700 Millionen Mark, die aus der privatkapitalistischen Wirtschaftsweise herausfallen und gemeinwirtschaftlich ausgenutzt werden. Und wir haben in dieser Summe 175 Millionen Mark, die nicht nur den privaten Handels-, sondern auch den Fabrikationsgewinn ausschließen. Was aber nicht mehr zur Bildung von Privatkapital dient, wird Gemeinschaftskapital, und Betriebe, die gemeinames Eigentum sind und den Zweck haben, den Bedarf der Mitglieder zu befriedigen, sind Gemeinwirtschaft, sind sozialisierte Betriebe. Und an dieser Sozialisierung können wir alle teilnehmen, wir brauchen uns nur der Konsumentenorganisation anschließen und als treue Mitglieder all unsern Bedarf auch dort decken. Dadurch entziehen wir dem Privatkapital einen Teil des Verdienstes, der den Lebensodem für die kapitalistische Wirtschaft bedeutet, ohne den die weitere Bildung von Reichstümern nicht vor sich gehen kann. Wir schaffen Betriebe, die zunächst nur einem Teil des Volkes gehören, aber innerhalb dieses Kreises rein sozialistische Unternehmen sind. Es steht jedem Volksgenossen, jeder Hausfrau frei, an diesem teilzunehmen und auf diese Art die Sozialisierung zu fördern.

Erwarten wir deshalb keine Wunderthaten von der Regierung, sondern gehen wir selbst, besonders wir Hausfrauen, mit unserem Haushaltsgeld und unserer Einkaufstasche an die Sozialisierung der Produktion durch Organisierung unseres Verbrauchs. Wir haben es in der Hand, als organisierte Konsumenten tätige Sozialisten zu sein. Gertrud Lobachl.

Rus der Prägepraxis.

I.

Die Herstellung der Prägeplatte ist der vorbereitende Arbeitsgang zur praktischen Ausführung der Prägearbeit. Die Plattenherstellung wird in den meisten Fällen von Graveuren besorgt. Es sei vorausgesetzt, daß das Bestellen der Prägeplatte, von der der Ausfall der Prägearbeit abhängt, ein weitgehendes fachtechnisches Wissen nicht nur über die Technik der Gravur selbst voraussetzt. Auch die weitere Verwendbarkeit beim Prägen mit Bezug auf das Verarbeiten der Ware erfordert Sachkenntnis, da diese nicht selten durch technische Schwierigkeiten Veränderungen ausgesetzt ist, die in dem Zeichnungsprozeß des Papiers ihren Ursprung haben.

Die Arbeit des Prägens beginnt mit der Anfertigung der Matrize, die ein negatives Bild der Stempelgravur bietet. Durch das hoarfache Einpassen der erhabenen gearbeiteten Matrize auf der gravierten Stempelfläche ist das Gelingen der Prägunge erst gewährleistet. Für die Prägunge kleiner Flächen, Rottos, Buchstaben u. a. dient der Monogrammbalancier, für größere die Aniebedelpresse. Die Tiegedruckpresse, bei erhöhten Ansprüchen die Farbdruckpresse, erscheinen ebenfalls berufen, die durch die einzelnen Techniken bedingte Anwendung an Zeit und Kosten infolge des kombinierten Arbeitsverfahrens durch das gleichzeitige Drucken und Prägen zu vereinfachen. In Fällen, in denen es sich um kleine Flächen, Schriftmottos, Ornamentastandverzierungen usw. handelt, bedient man sich der Prägepresse für Handbetrieb (Balancier), für größere und schwere Stücke reicht der Handbetrieb nicht aus, da muß auf die Dampfkraft zurückgegriffen werden. Für ganz besonders schwere Prägunge, die dem zu prägenden Gegenstand bestimmte Formen geben sollen, werden hydraulische Pressen verwendet, bei denen der Prägedruck natürlich ein ganz besonders starker ist. Die sogenannten Blispresen — das sind die schnelllaufendsten Maschinen der Prägeindustrie — ergeben täglich einseitig 3000—3300 Prägunge; auf beiden Seiten also das Doppelte, sofern alles glatt vonstatten geht und die Maschine ununterbrochen läuft.

Für die Herstellung der maschinellen Prägearbeiten ist von besonderer Wichtigkeit die Beschaffenheit des Materials, das verarbeitet werden soll. Zur Vermeidung von Schwierigkeiten kann der Präger viel tun. Er soll größte Sauberkeit bei

gleichen Art möglichst hintereinander aufarbeiten und er darf keine zu frische Druckware verarbeiten, weil sich die Farbe sonst in die Stempelgravur ablegt. Schwierigkeiten hinsichtlich der Beschaffenheit fallen nicht dem Präger zur Last, sondern ihre Vermeidung ist Sache der Betriebsbeamten, die das zu verarbeitende Material hinsichtlich seiner Verwendbarkeit oder der besonderen Ansprüche kennen müssen.

Wird das Papier mit Relief (blind) geprägt, so besteht die Arbeit nur aus dem Auflegen des Papiers über die Punktirnadeln. Hiernach ist die Matrize mit den Stiften in die Führungslöcher einzuführen, und es erfolgt der Prägedruck. Die Platten für glatte Prägunge erfordern keine weitere Behandlung im Vergleich zu denen, die für Durchbrucharbeiten bestimmt sind, weil sich bei solchen die Abfallteile der ausgeschnittenen Partien leicht in die Gravure der Platte ablegen und die durch die Hochprägung bedingene plastische Wirkung ungünstig beeinflussen. Daher ist die Herstellung von Prägunge mit mehr oder minder vielen Durchbruchstellen der Papierschleife schwierig. Bei diesen erfolgt gleichzeitig mit dem Prägen das Schneiden, das jedoch auch gesondert ausgeführt werden kann. Bevor das zu prägende Papierblatt auf die Platte gelegt wird, muß dieselbe jedesmal mit einer entsprechend präparierten, kräftigen, dichtborstigen Bürste mehrmals gleichmäßig überstrichen werden, um ein Anhaften der Prägeblätter an der Platte zu verhindern. Das Ausbürsten der Platten erfolgt bei unladierten Drucken mit einer über Talg getränkten, bei ladierter Ware mit einer in Öl getränkten Bürste. In letzterem Falle gießt man Öl auf ein Stück Filz und läßt das Öl durch die porösen Schichten des Filzes gut durchziehen, so daß der Filz gut getränkt ist. Auf diese elastische Masse drückt man die Bürste und streicht dann gleichmäßig und leicht über die Gravüre der Platte. Es sei ausdrücklich davor gewarnt, Platten zur Prägunge unladierter Drude auf Kreidpapier etwa mit einem in reinem Öl getränkten Bürste zu überstreichen, weil durch die Delaufnahme in die Stoffseite der Prägeblätter infolge der Saugfähigkeit des Papierstoffes die Ware unbrauchbar werden würde.

Bei Reliefprägeplatten mit Schneidelinien ist in gleicher Weise zu verfahren wie bei getrennten Schneide- und Prägeplatten, nur ist nach dem Auflegen des zu bearbeitenden Papiers eine Stanzpappe auf die Platte zu legen und dann Druck zu geben, um zunächst das Papier zu durchschneiden. Nach Abheben der Stanzpappe ist der äußere Papierabfall sorgsam zu entfernen und dann die Matrizenpappe aufzulegen. Größere, ausgeschnittene Teile lassen sich durch Aufklopfen mit der flachen Handfläche leicht aus der Platte abheben, kleinere Teile haften jedoch oft fest und müssen mit der Nadel ausgehoben werden. Nur ein Festhaften von Durchbruchprägeblättern an

der Platte zu vermeiden, ist es empfehlenswert, Stellen, an denen diese Schwierigkeiten besonders zu befürchten sind, mit Kupferblech auszulagen, wodurch ein glattes Loslösen der Prägestücke aus der Platte ermöglicht wird. Bei ungelicher Ausarbeitung der Schneideplatten wird es auch empfehlenswert sein, an besonders schwierigen Stellen (Durchbruchstellen auf den Stahlstempeln) auf der Rückseite der Platte Papierstücke aufzulieben, weil durch die geschaffene Erhöhung die Schneidkraft verschärft wird, wodurch beim Preßdruck ein glatterer Durchschlag erzielt wird.

Bei sehr fein gearbeiteten Gravüren solcher Art, die von der Platte zugleich geschnitten werden und die aus sehr dünnen Stoffen bestehen, wie beispielsweise Kuchepapieren, müssen diese vorher präpariert werden. Es handelt sich bei diesen Arten um mehr oder minder hochpreisige Papiere von äußerst dünner Qualität (sog. Florpostpapiere), die sich unter dem großen Prägedruck auf dem Balancier während des Stanzens so fest aneinanderhängen, daß die Lagen nur mit großer Mühe auseinanderzubekommen sind, wobei natürlich sehr viel Ausschuß entsteht. In solchen Fällen tut man gut, die auf Formate geschnittenen Papierlagen vorher durch Talckampfer zu ziehen. Durch die gleichmäßige Fettaufnahme der Papieroberfläche wird dem Zusammenkleben sehr wirksam vorgebeugt. Natürlich muß das Durchziehen durch das Pulver mit großer Sorgfalt geschehen, um auch alle Teile der Papierschleife mit demselben in Berührung zu bringen.

Daß Artikel, besonders Klapparten aller Art, auch gleichzeitig von der Platte während des Prägevorgangs geritzt werden können, um eine Umbruchstelle zu haben, sei noch beiläufig erwähnt; doch muß besonders bei stark austragendem Inhalt (besonders bei Kreidepapieren) auf die Möglichkeit Rücksicht genommen werden, daß Brüche entstehen oder die Auftragsfläche abblättert. Diesen Uebelständen helfen nur Stichproben vor Verarbeitung des Papiers ab. Dem völligen Durchbrechen der Umbruchstellen läßt sich — wenn nicht schon durch eine entsprechende Qualität des Papiers — durch vorheriges Dinterkleben der Kunststellen vorbeugen. Durch Dinterkleben mit gleichwertigen Vorstücken und nachmaliges Prägen lassen sich abgebrochene Teile wieder ungehen machen.

Bericht vom Gantag des Gaus 10.

Der Gauvorsteher Kollege Groenhoff eröffnete am 12. Oktober um 9 Uhr den Gantag und hieß die Delegierten herzlich willkommen. Unter anderem teilte er mit, daß der diesjährige Gantag in Bonn hätte stattfinden sollen. Da aber den Kollegen die Einreise in das besetzte Gebiet sehr schwierig wird, habe der Gauvorstand Düsseldorf zur Abhaltung des Gantages bestimmt. Kollege Groenhoff gedachte des verstorbenen Kollegen Hans Schaub, Vorsitzenden des letzten Gantages, welcher

D' Kindsdirn.

Von R. Angenruber.

Das Julett im Rosner-Hofe hatte eine sonderbare Kindsdirn, den Krispin Rahminger.

Der Krispin war ein alter, armer Einleger, der von Hof zu Hof zog und sich durch kleine Dienste sein Brodbrot redlich verdiente. Und je nach dem Reichum oder der Warmherzigkeit des betreffenden Wessers ging es dem Krispin gut oder schlecht, und er konnte länger oder kürzer in einem Hause verweilen. Und wenn es ihm irgendwo auch noch so gut gefallen, und es trat der Bauer vor ihn und sagte: „No Krispin, ich dacht, zu kunnst dich jetzt wieder um was anderes umschauen.“ Da hieß dem Krispin nichts übrig, als sein Bündel zu schnüren, das heißt, seine wenigen Habseligkeiten in das große rote Lohentuch zu packen, seinen Steden aus dem Winkel zu holen und wieder um ein Häufel weiter zu wandern. Dies nahm der Krispin wörtlich, denn wenn er das Lohentuch in der Rechten und seinen Steden in der Linken mit einem „Vergeltis Gott tausendmal alle Güte!“ aus dem Hause ging, so stapfte er sicher in das nächste und trat dort mit seiner Bitte ein: „Ein alter Einleger läßt gern um einen Unterschlupf und gnädige Aufnahme bitten.“ Wenn auch die Aufnahme nicht immer eine gnädige war, so erhielt Krispin doch, was er brauchte: einen Unterschlupf und so offen. Das durfte ihm keiner verweigern, weil es sein gutes Recht war. Das mußte der Rahminger, und deshalb kümmerte er sich auch nicht darum, ob die Bauerleute über sein Erdscheiden erfreut waren. Der Alte hatte zu leben,

auch war er nicht in der Lage, Ansprüche zu stellen, und wenn ihm in irgendeinem Winkel ein Bund Stroh als Lagerplatz angewiesen wurde, wenn er auch das schlechteste zum „Kressen“ bekam, so genierte ihn das nicht, denn er war derlei schon lange gewöhnt.

Da sollte plötzlich ein Umstichung in seinen Verhältnissen eintreten, denn aus dem Einleger Rahminger wurde die Kindsdirn Krispin. Die Sache kam so. Der Krispin trat auch bei seiner Wanderung über die Schwelle des Rosner-Hofes, und dort weckte er schon drei Wochen, ohne daß ihm der Bauer oder die Bäuerin bedenklich hätten, daß es nun Zeit sei, sich auch wo anders umzuschauen. Und nach dem am Rosner-Hofe gut sein war, verließ er. Dort hatte er unter dem Dachstuhl sein „bacherloames Bettel“, in dem er sich wie ein Fürst vorant, und ein „Papperl“ bekam er, das so gut war, daß es der Grund seiner Mutter net vergumt hält.“ Auch über schlechte Behandlung seitens des Rosners hatte er sich nicht zu beklagen, und die ihrer Niederkunft entgegengehende Bäuerin erklärte der Krispin wegen ihrer Güte und Milde für einen Engel.

Da kamen jedoch für den Rosner-Hof unruhige und traurige Tage. Das so lange erwarbete freudige Ereignis war eingetreten und hatte mit einer traurigen, unvorhoffen Wendung geendet. Die Bäuerin starb im Kindbettstieber. Der Bauer war darüber so verzweifelt, daß er, tagelang ohne Speise und Trank zu sich zu nehmen, in einem Winkel der Stube lag und gemitteabwesend vor sich hinbrütete. Die Anedie und Mäde des Hoes ließen kopflos herum, und nur der Krispin, dem der Tod seines

Engels vielleicht von allen, dem Bauer ausgenommen, am nächsten ging, dachte nicht nur an die Tote, sondern auch an deren lebendes Betrüdnis. Er nahm das Kind, um das sich niemand kümmerte, an sich, trug es vorzüglich und sämpfich unter den Dachstuhl und legte es in sein „bacherloames Bettel“, das er von nun an mit dem Kinde teilte. Und dort oben blieb das Julett liegen, während unter der Bodensiege seine Mutter lag und wartete, bis man sie zur letzten Wanderung auf den Kirchhof abholte. Und als die Bäuerin ihren feierlichen Auszug aus dem Rosner-Hofe hielt, zerdrückte der Krispin mit seiner frohdigen Hand eine Träne und schmer, daß er den Rest seines Lebens ganz dem Blühen und Gedeihen des kleinen „Wasseris“ weihen wollte. Er hielt auch seinen Schurz, denn von dem Moment hegte und pflegte er das Kind so gut er konnte. Alles ging ihm gut vonstatten, nur das Einpacken in die Bündel wollte ihm lange nicht gelingen, da er sich bei jedem Griff fürchtete, dem „lieben Wucherl was zu zerbrechen.“ Doch mit der Zeit bekam er auch darin eine gewisse Übung, so daß es ihm bald so vorant, als sei er Zeit seines Lebens nichts anderes als „Kindsdirn“ gewesen. Und wenn das Kind schlief, lag er festgebant bei dem Bettel und wendete keinen Blick von diesem. Er bewachte und behütete das Kind mit einer solchen Aufmerksamkeit, daß ein mächtigster Drache seine vergauberte Prinzessin nicht argwöhnischer beobachten konnte. Manchmal mal kam es wohl vor, daß dem Alten bei solchen Gelegenheiten die Augen zufielen und sein Kopf immer tiefer und tiefer auf das Brust herabfiel, bis er ebenjo ruhig schlief wie das Kind

Die Wahlen zum Verbandsbeirat finden am 14., 15. oder 16. November statt. Keines unserer Mitglieder fehle bei dieser Wahl!

turz vor dem Weltkriege durch die Proletarierkrankheit dahingerafft wurde, sowie auch der gesalbten Kollegen. Die Anwesenden erklärten die Verstärkung durch Erheben von den Sitzen.

Auf Vorschlag wurden gewählt zu Vorsitzenden Reus, Eberfeld und Hohmann-Düsseldorf, zu Schriftführern Weinhardt und Prange, Eberfeld, als Führer der Rednerliste Ernst-Düsseldorf und in die Wahlprüfungskommission Göbbels-Köln, Stafelbrand-Düren und Coors-Gummersbach.

Nachdem Hohmann-Düsseldorf die Delegierten herzlich willkommen geheißen, erzielte der Vorsitzende dem Gauleiter Groenhoff zum 1. Punkt der Tagesordnung das Wort. Dieser führte aus, daß infolge des Krieges der Gau 10 Jahre gelitten habe, besonders durch Einberufung der Kollegen zum Seere. Er selbst wurde 1916 auf zwei Jahre nach München veretzt. Kollege Mehler-Eberfeld habe dann bis zu seiner Einberufung im Januar 1917 und von da an Kollege Greitach-Barmen während der Abwesenheit des Gauleiters die Geschäfte für den Gau in dankenswerter Weise im Nebenamt geführt. Erst nach Ausbruch der Revolution ist in erteillicher Weise wieder ein Aufschwung der Mitgliederzahl eingetreten. Zahlstellen, die bis dahin still lagen, sind jetzt wieder neu ins Leben getreten und überall geht es auch heute noch vorwärts. Sogar in den Gegenden, in welcher unsere Organisation früher nie Fuß fassen konnte, hat sie ihren Einzug gehalten. Redner bedauert, daß es ihm nicht vergönnt war, infolge der vielen Arbeiten durch Lohnbewegungen und Streiks allen Zahlstellen in gleicher Weise gerecht zu werden. In diesem Sinne glaubt der Gauvorstand jedoch im Interesse der Mitglieder gearbeitet zu haben.

Nach dem Bericht des Gauvorstandes setzte eine rege Diskussion ein, wobei der größte Teil der Redner nicht auf den eigentlichen Bericht einging, da fast alle eigene Wünsche ihrer Zahlstellen vorbrachten.

Dehert-Köln berichtet dann noch kurz über das linksrheinische Gebiet; auch hier geht es trotz der Schikanen der einzelnen Behörden vorwärts. Die Kollegen in den Zahlstellen müßten aber besser auf dem Posten sein als bisher. Die Mitglieder seien vielfach noch zu wenig für den gewerkschaftlichen Gedanken geschult. An Mitgliedern haben wir im besetzten Gebiet jetzt 2116.

Hoddin-Wachen bemängelt, daß die Bekanntmachungen viel zu spät durch die Zeitung an die Mitglieder gelangten. Der Verbandsvorstand müsse dafür sorgen, daß den Zahlstellen dieses gleich brieflich zugehe. Ein Teil der Diskussionsredner bedauerte, daß die Graphischen Karteile noch nicht solche Bedeutung gefunden hätten, wie es im Interesse des graphischen Gewerbes sein müßte; das liege aber nicht an uns, sondern hier seien es vor allem die Buchdrucker, die sich auch heute noch immer abseits stellten. Im Schlußwort ergänzte Groenhoff die Ausführungen der einzelnen Diskussions-

redner und sichert ihnen weitgehendste Berücksichtigung ihrer Wünsche zu. Darauf gab Stafelbrand-Düren den Bericht der Mandatsprüfungskommission. Anwesend sind 41 Delegierte — 39 männliche und 2 weibliche. Sämtliche Mandate wurden für gültig erklärt.

Zum 2. Punkt berichtet Groenhoff kurz über den Verbandstag und seine Beschlüsse und schlägt den Delegierten vor, sich heute nur mit den Beschlüssen zu beschäftigen, welche für unsern Gau in Frage kommen. Es sind dies besonders Verbandsbeirat und Reichstareif. Er weist auf die Resolution hin, welche auf dem Verbandstag in Würzburg einstimmig angenommen wurde. Zum Beirat dürften Verbandsbeiräte nicht gewählt werden. Hierzu wurde beschlossen, daß Düsseldorf den Delegierten stellt und Barmen-Eberfeld den Ersatzmann. Zum Reichstareif will Groenhoff mit, daß der Entwurf allen Zahlstellen zugefandt sei und empfiehlt denselben zur allgemeinen Durcharbeitung. Weiter weist er darauf hin, daß man schon jetzt bei allen Lohnbewegungen und Tarifabschlüssen sich des Reichstareifs bedienen, um so denselben näher zu kommen. Zum Schluß empfiehlt er noch den Zahlstellen, alles daran zu setzen, um den Reichstareif zur Durchführung zu bringen. In der Diskussion bedauert Zimmermann-Köln, daß man die Zahlstelle Köln in die 2. Ortsklasse gesetzt hat, denn hier sei auch alles so teuer wie in den anderen Städten. Ruh-Kemscheid stimmt dem zu. Dechant-Köln stellt den Antrag, daß den Gehältern dieser Stellen zusehen wie den Gehältern. Der Antrag wurde angenommen. Schwerdtner-Essen spricht für den Reichstareif, ist aber gegen die Geschäftsordnung derselben. Knüfeler-Barmen spricht für die Anstellung eines zweiten Gewerkschaften und Anstellung eines Zahlstellenbeamten für Barmen-Eberfeld.

Zum 3. Punkt: Die zukünftige Gestaltung des Gaus begründet Dechant-Köln die Trennung desselben in links- und rechtsrheinisch. Dies sei nötig geworden durch die jüngere Belegung der einzelnen Städte des linksrheinischen Gebietes, weil dadurch ein gemeinsames Arbeiten nicht mehr möglich sei. Groenhoff dachte sich eine Trennung nicht nach der Rheinlinie, sondern er hätte eine Quereinteilung so gewünscht, daß das Industriegebiet zusammenbleibe. Trotzdem hält er den Vorschlag nach der vorgezeichneten Teilung des Gaus, solange die Belegung dauert, für angebracht.

Zum 4. Punkt: Erhebung eines Gaubeitrages von den Zahlstellen, begründet Groenhoff den Antrag des Gauvorstandes, den Gaubeitrag auf 10 M. pro Quartal und Mitglied festzusetzen. Der Antrag wurde ohne Debatte angenommen.

Beim 5. Punkt: Beratung der vorliegenden Vorträge, werden solche der Zahlstellen Mühlheim-Nuhr, Berlin-W. Gladbach und Wesel, die Delegationsforen betreffen, angenommen, die von Koblenz und Wiesdorf dagegen abgelehnt.

Ein Antrag Dechant-Köln, der heutige Goutag fordert die Einreichung der Buchbinderhilfsarbeiter in den Buchbinder-Reichstareif, wurde angenommen.

Antrag Hohmann-Düsseldorf, die heutige Tagung des Gaus 10 beantragt, die Geschäftsordnung des Reichstareifs solange zu verwerfen, bis der Organisationszwang durchgeführt ist, wird dem Gauvorstand zur Erledigung überwiesen.

Antrag Essen und Dortmund, den Sitz des Gaus nach Essen oder Dortmund zu verlegen, wurde abgelehnt. Der Sitz des Gaus bleibt in Eberfeld.

Antrag Düsseldorf, Zahlstellen mit über 1000 Mitgliedern sollen einen Lokalbeamten haben, wurde angenommen.

Antrag Schwerdiner-Essen, Bezirkszahlstellen zu gründen, wurde angenommen.

Zum Schluß ließ noch ein Antrag Knüfeler ein, der forderte, der heute in Düsseldorf stattfindende Goutag fann sich mit der neuen Stellungnahme des Kollegen Kloth nicht einverstanden erklären und beschließt, den Verbandsvorstand zu beauftragen, Kloth aus dem Verbands ausschließen. Der Antrag wurde von den Kollegen Schwerdiner-Essen und Knüfeler-Barmen damit begründet, daß Kloth Artikel in der „Deutschen Tageszeitung“ losgelassen hatte. Hierüber setzte noch eine rege Diskussion ein. Groenhoff spricht gegen den Antrag und führt aus, daß dieser doch nicht Sache des Goutages sei, sondern hier kommt die Zahlstelle in Frage, in der Kloth Mitglied ist, und das sei Berlin. Schmidt-Dagen spricht auch gegen den Antrag und bedauert, daß dieser erst im letzten Augenblick eingereicht worden sei, wo schon über die Hälfte der Delegierten abgereist sind, obwohl der Antrag schon seit morgens fertig liegt. Der Antrag wurde dann mit 11 gegen 7 Stimmen angenommen.

Den Ort des nächsten Goutages zu bestimmen, wird dem Gauvorstand überlassen. Hierauf schloß der Vorsitzende Reus den Goutag.

August Reinhardt, Otto Prange, Schriftführer.

Internationales.

Eine erste skandinavische Buchbinderkonferenz hat vom 10. bis 12. September in Kopenhagen stattgefunden. An ihr nahmen teil je zwei Vertreter von Schweden, Norwegen und Dänemark. Der Zweck dieser Konferenz war, ein möglichst einheitliches Zusammenarbeiten der drei nordischen Verbände zu erzielen. Das erscheint leicht, als die Lohn- und Arbeitsverhältnisse ziemlich gleichartig sind. Der Minimalstundenlohn für einen Gehilfen ist in Schweden 1,55 Kronen, in Norwegen 1,70 und in Dänemark 1,52, für eine Arbeiterin 0,90, 1.—, 0,84 Kronen. Die Arbeitszeit beträgt in Norwegen und Dänemark 48 Stunden, während in Schweden immer noch 54 Stunden ge-

Der Lehrling hing mit abgöttischer Liebe an seinem „Winkler“ und trug, den reinen Frohsinn zur Schau, während ihm vor der Zukunft bangte, denn er ahnte, daß die öftere Abwesenheit des Bauern nicht dem Viehhandel, sondern der Braut-schau galt, die wohl in vielen Fällen auch nichts anderes als ein gewöhnlicher Handel ist. Und der Kribspin sollte sich wirklich in der Absicht des Bauern, wieder zu ehelichen, nicht geirrt haben. Dies wurde dem Alten vollends klar, als nach zweitägiger Abwesenheit der Kosner beim kam und nach dessen Eintreffen ein großes Reinnägen, Reiben und Putzen anging, wie wenn das Christkind vor der Türe gewesen wäre. Doch nicht die Weihnachts-feiertage kamen, weil die in den Winter und nicht in den Sommer fallen, sondern tags darauf fuhr ein Wägelchen bei dem Kosner-Hof vor, dem ein großer, behäbiger Mann und dessen Tochter entzogen. Der Kosner begrüßte die beiden, führte sie zuerst in die Stube und von dort aus durch alle Räume des Hauses. Und als die drei dann in den Garten traten, wo unter dem Nußbaum der Kribspin saß und neben ihm auf einem ausgebreiteten Tuche das kleine Julek trauerte, da trat das Mädchen näher, nahm das Kind auf den Arm und betrachtete es mit einem kalten Blick aus seinen grauen Augen. Dem Kribspin, der misstrauisch das Mädchen beobachtete, war dieser Blick nicht entgangen, und als Julek schweigend die Kermchen nach ihm ausstreckte, ließ er seinen Blick den Mädchen aus den Armen.

„Gib's Kind her, das geht dich nichts an,“ murmelte er und humpelte, sein Kleines hergend, davon. (Schluß folgt.)

selbst. Doch brauchte sich das Julek nur zu rühren, so fuhr mit einem energischen Auf der Kopf des Kribspin in die Höhe, die geschlossenen Augen und der zusammengekniffene Mund sprangen weit auf, und der Kribspin war munter. Und eines Tages, als der Alte, das schreiende Kind in den Armen, am Bette saß und versuchte, das Julek unter zärtlichen Worten zum Trinken aus der Milchflasche zu veranlassen, da stand plötzlich der Kosner vor dem Kribspin.

„Jessas, der Bauer,“ sprach ohne sich stören zu lassen der Kribspin. „No Herzert schau, ich mein dir's nur gut. Gekrunken muß auch sein. No, so geh' Winkler, geschrien hast schon genug.“ Dabei wachte er beruhigend das Kleine. „Ich weiß schon, daß du ein schönes Stimmchen hast, ich weiß schon; aber zum Schreien allein hat dir der Herrgott das Gockelchen net' geben. Kleine Menschenlein brauchen es zum Trinken und große zum Wuffeln. Und je mehr du Milch trinkst, Herzert, desto größer wirst und um so eher kannst das Wuffeln anheben. Da schon, was du für ein Lodermensch bist?“ nickte der Alte lächelnd. „Wie vom Wuffeln die Red' ist, halt' ich schnell das Gockelchen still. So, no sieht es, jetzt zieht an; nur net' so hoch, Schnidderl, sonst kriegt es eppa gar den Schnadler. Laß dir nur Zeit mit dem Trinken, kummt zum Wuffeln immer noch zeitig genug.“

„Du Kribspin,“ hub der Bauer an. „I hät' mit dir was wichtiges zu reden.“ „Hst,“ machte der Alte. „Ich muß jetzt das Kind trinken lassen, und dabei darf ich net' reden, sonst hört es wieder auf.“ „Du sollst ja auch nig reden, sondern nur zuhören.“

„Kann ich auch net, Bauer,“ sprach ohne von dem Kind aufzublicken die Stindsbirn, „denn wenn du redest, muß ich dich anschauen, und dertweil kummt sich's Menschel verluhen.“

„So muß ich also warten, bis du fertig bist,“ sprach lächelnd, sich neben den Kribspin setzend der Bauer.

Der Lehrling nickte nur mit dem Kopfe und betrachtete die Milchflasche, deren Inhalt Zug für Zug vor seinen Augen verschwand. Und nachdem das Julek den letzten Tropfen Milch im Magen hatte, legte der Kribspin die Kleine fürsorglich in das Bett, brotete sanft die Luder über das Kind und murmelte: „So, jetzt geh' n' ma's Schlafen wieder an.“ — Hat das schönste Leben so ein Winkler,“ sprach er, sich dem Bauern zuwendend. „Njo Bauer, jetzt hab' ich Zeit zum Sären und zum Wuffeln.“

Und auf Grund der Unterredung mit dem Bauern zog der Kribspin und das Julek aus dem „Wackerwarmen Bettel“ aus und belegten das verwaiste Ehebett mit Beschlag. So schlief denn, was sonst unter anderen Umständen leicht zu löblichem Gerede Anlaß hätte geben können, der Vater und die „Stindsbirn“ im Ehebett, und zwischen den beiden lag das kleine Julek.

Monate waren seit dem Tode der Bauern vergangen. Der Bauer, der oft Tage außer dem Hause verbringen mußte wegen des Viehhandels, wie er vordah, vertraute sein Kind ruhig dem Kribspin an, mußte er doch, daß es nirgends besser aufgehoben und behütet sein konnte als bei dem Kribspin.

arbeitet wird. (Laut Zeitungsberichten wird jetzt der Achtstundentag in Schweden gesetzlich eingeführt.)

Die Mitgliederzahl ist in

Dänemark . . .	950 männl.,	2600 weibl.,	= 3550
Schweden . . .	1172	2327	= 3492
Norwegen . . .	566	1137	= 1703
Zusammen 8715			

An Verbandsvermögen besaß Dänemark am 31. März 1919 176 787 Kr., davon 69 312 Streikfonds, Schweden am 1. Juli 1919 84 563 Kr., Norwegen am 1. Januar 1919 83 523 Kr., davon 30 000 Streikfonds. Die Bekragsleistung zum Streikfonds ist in den drei Ländern ungefähr gleich, nur in Dänemark ist der Beitrag höher, um für die vielen in den letzten drei Jahren eingetretenen Arbeiterinnen einen Reservesonds zu schaffen. In Schweden und Norwegen war in den letzten Jahren die Arbeitsgelegenheit verhältnismäßig gut; in Dänemark herrschte 1918 größere Arbeitslosigkeit.

In Norwegen befinden sich zurzeit die Kollegen am Streik teils wegen Lohn- und Ferienforderungen, teils wegen Regulierung der Männer- und Frauenarbeit. Eine Verkürzung der 48stündigen Arbeitszeit wird ebenfalls verlangt. Die Arbeiterinnen erhielten $\frac{2}{3}$ vom Gehilfenlohn, aber $\frac{1}{2}$ wird gefordert. Auch wegen Einführung einer Lehrlingskala sind Forderungen aufgestellt.

In Schweden werden die zwei ersten Ueberstunden mit 33 Proz. bezahlt und danach mit 100 Prozent, mitunter sogar 150 Proz. Das Stundenlohnsystem ist dort fast allgemein durchgeführt und man wünscht es beizubehalten, aber die Arbeiterinnen, die beinahe alle leichtere Arbeiten ausführen, arbeiten in Akkord und erhalten ein Drittel weniger Lohn als die Gehilfen. Die Lehrlingsfrage ist dort von weniger Bedeutung, da zurzeit keine Lehrlinge zu haben sind.

Die Konferenz beschloß, für zukünftige Tarife folgende einheitlichen Forderungen aufzustellen: Wöchentliche Arbeitszeit 46 Stunden, Gehilfenlohn für Arbeiterinnen, wenn sie Gehilfenarbeit machen, 50 Proz. für die ersten zwei Ueberstunden, danach 100 Proz. Der Lohn der Arbeiterinnen darf nicht niedriger sein als $\frac{2}{3}$ vom Gehilfenlohn. Die billige Frauenarbeit muß möglichst eingeschränkt werden. Einheitliche Regelung der Lehrlingsverhältnisse. Acht Tage Ferien. Kündigungsfrist nicht über 14 Tage.

Merkwürdigerweise wurde betont, daß die in Dänemark eingeschlagene Lohnpolitik gute Resultate gebracht hätte und dabei ist der 1914 angenommene Tarif auf sieben Jahre festgelegt worden. Allerdings ist der Gehilfenstundenlohn von 0,46 auf 1,50 gestiegen, aber nur durch zum größten Teil erzwungene Teuerungssteuern. In Schweden und Norwegen ist die individuelle Lohnpolitik vielfach zur Anwendung gekommen und hat viele Vorteile gezeigt.

Betreffs des Zugangs von Arbeitskräften aus dem Auslande müssen feste Regeln aufgestellt werden. Der Arbeitsnachweis wird in Schweden und Norwegen ebenso geführt wie in Dänemark.

Ueber die Betriebsorganisation wurde auch gesprochen. In Schweden ist man nicht so sehr davon erbaut, da sie sozusagen ein Staat im Staate bilden. Bei der Besprechung der Sozialisierung der Betriebe wurde hervorgehoben, daß vorher eine gründliche Aufklärungsarbeit nötig sei. Große wirtschaftliche und administrative Verhältnisse sind zu ordnen, wozu die richtigen Männer gefunden werden müssen, sonst könnte es so gehen wie in Rußland, wo Tausende brotlos geworden sind, weil bei der Uebernahme der Industrie und Landwirtschaft kein Plan ausgearbeitet und keine Ordnung vorhanden war. Es wäre von großer Bedeutung, wenn die Arbeiter ihre eigenen Arbeiterunternehmen mehr unterstützen und eigene Geldinstitute errichteten, um so durch Macht und Recht den Kapitalismus zu überwinden. Die Arbeiter selbst müßten die Leitung übernehmen, um ihre Fähigkeiten auf den Gebieten zu entwickeln, die ihnen sonst verschlossen sind. Die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen zusammen müßten diese Aufgabe lösen. Eine in diesem Sinne gehaltene Resolution wurde angenommen.

Die norwegischen Vertreter beklagten sich über die schwedische und dänische Konkurrenz, die drückend auf die Löhne in Norwegen wirke. Daraufhin wurde erklärt, daß in Schweden und Dänemark nicht billiger gearbeitet wird, sondern es läge daran, daß die Betriebe in den letztgenannten Ländern größer sind und die Arbeit mehr spezialisiert sei. Es soll aber angestrebt werden, einheitliche Lohn- und Akkordpreise einzuführen.

¹ In Schweden besteht schon lange eine Arbeiterbank (Arbetarebanken).

damit die Arbeiter sich gegenseitig keine Konkurrenz machen.

Da die für den 15. September anberaumte Konferenz des internationalen Buchbindersekretariats auf unbestimmte Zeit aufgeschoben wurde, so wurde ein Entschluß gefaßt, den verschiedenen Ländern mitzuteilen, daß Skandinavien die Abhaltung einer internationalen Konferenz wünscht, um die unter den früher kriegführenden Ländern eventuell noch bestehenden Unstimmigkeiten zu beseitigen und die internationale Arbeit wieder aufzunehmen.

Zum Schluß wurde vereinbart, den dänischen Verband zu beauftragen, einen Entwurf betreffs gegenseitiger vierwöchentlicher Unterstützung bei eventuellen Streiks auszuarbeiten. Die nächste skandinavische Konferenz findet 1920 in Kristiania mit der Landesversammlung zugleich statt.

Frankreich. Die Lage der Papier- und Buchindustrie. Nach einem amtlichen französischen Bericht, dessen Erhebungen im Januar 1919 abschließen, litten die Papier- und Kartonfabriken von Paris, Rouen, Lyon, Dijon, Nantes und Bordeaux unter dem Mangel an Frachtraum und Kohlen. Wegen der hohen Papierpreise verringerte sich die Nachfrage, selbst bei eingeschränkter Produktion wurde auf Vorrat gearbeitet. Nur einige Fabriken waren voll beschäftigt. Den Fabriken in Bordeaux und Nantes fehlte es an Rohstoffen und Betriebskraft. Die Fabriken für Zeitungspapier sind in normalem Betrieb und gut mit Rohstoffen versehen. Aus Bordeaux wird die Errichtung einer neuen Fabrik für Papiersäcke mit 30 Arbeitern berichtet. Die Briefpapier- und Kartonindustrie konnte bis auf einen Betrieb in Bordeaux ihre Arbeiterschaft in voller Arbeitszeit beschäftigen, wenn auch nach dem Waffenstillstande die großen Aufträge aufhörten. Aus Lyon wurde die Wiederaufnahme der Herstellung von Pappbehältern für Edwaren berichtet. Die Zellulosefabriken von Lyon haben sich auf den Friedensbedarf eingestellt und empfangen zahlreiche Aufträge, deren Ausführung durch Transport Schwierigkeiten gehindert wurde.

In der Buchindustrie wird die Verbilligung aller Preise für Papier und Karton sehr empfunden. Es fehlt an Bantpapier, die Exportaufträge können nicht ausgeführt werden. Die in der Industrie verwendeten Maschinen, meist deutschen Ursprungs, sind schwer zu ersetzen. Einem Pariser Verleger, der religiöse Lieder herausgibt, war es vor einigen Jahren gelungen, das deutsche Monopol der Herausgabe gregorianischer Gesangbücher an sich zu ziehen und eine Sonderausgabe mit einer Spalte für spanischen Text in Spanien aufzulegen; diese sollte in Südamerika verbreitet werden, dann aber hinderten Transport-schwierigkeiten und Zollbestimmungen die Ausführung des Programms. Man erwartet, daß jetzt Südamerika dem französischen Absatz wieder erschlossen wird. Zur Verbreitung der französischen Sprache in Elsaß-Lothringen werden Massenaufgaben von französischen Schulbüchern befohlen und geliefert. Druckereien und Buchbindereien zogen daraus großen Nutzen, sie konnten ihr Personal verdoppeln; ein großer Teil der bisher in der Rüstungsindustrie tätigen Arbeiterinnen fand in der Buchindustrie Verwendung. In der Schriftgießerei der Lithographie und dem Postkartendruck konnte nur ein Teil der Aufträge erfüllt werden, es fehlte an geeigneten Kartons.

Italien. Die außerordentliche Steigerung der Preise im Buchdruck- und Lithographengewerbe bespricht der bekannte Wirtschaftsschriftsteller Gino Levi im „Economista d'Italia“ vom 30. September. Für einen lithographischen Druck, der vor dem Kriege 13 Lire für 1000 Abzüge kostete, zahlt man jetzt 45 Lire; ein Band, der noch im Jahre 1915 mit 2,70 Lire veranschlagt war, kostet heute 8,50 Lire. Diese Zahlen beschäftigen die italienischen Zeitungen, Zeitschriften und Verleger in gleichem Maße. Sie sind vor allem deshalb besorgniserregend, weil sie eine große Gefahr für die Bekämpfung des Analphabetentums bedeuten.

Großbritannien. Der letzte Gewerkschaftskongreß verlangte eine wöchentliche Arbeitszeit von 44 Stunden, Verbot von regelmäßiger Ueberarbeit, steuerliche Freilassung der Einkommen unter 5000 Mk. und eine Pension von 20 Mk. die Woche für alle Personen über 60 Jahre. Die British Commonwealth Union hat eine Berechnung angestellt, welche Kosten die Durchführung dieser Forderungen verursachen würde. Sie kommt auf eine jährliche Summe von 15 Milliarden Mark.

Dänemark. Die Zweite dänische Kammer hat mit 126 gegen 64 Stimmen den Regierungsentwurf über die Einführung des Achtstundentages angenommen.

Vom Internationalen Gewerkschaftsbund. Vom 2. bis 4. Oktober hat in Amsterdam eine Sitzung des Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes stattgefunden. Wegen der Zulassung der deutschen und österreichischen Vertreter zur Washingtoner Konferenz hat sich das Bureau auf den Standpunkt gestellt, daß die getroffene Regelung, nach der die betreffenden Delegierten nicht direkt eingeladen werden, sondern daß ihnen freigestellt wird, nach Amerika zu kommen, um von der Konferenz selbst zu erfahren, ob sie zugelassen werden, nur eine Formsache sei. Man glaubte daher die Bedingungen des Amsterdamer Internationalen Gewerkschaftskongresses erfüllt und hat die dem Internationalen Bund angeschlossenen Gewerkschaften aufgefordert, Vertreter zu entsenden. (Die deutschen Vertreter haben unter diesen Umständen auf eine Teilnahme verzichtet.)

Ferner wurde beschlossen, in Washington ein Bureau einzurichten und die Arbeitervertreter und ihre Berater vor Zusammentritt der Konferenz zu einer Besprechung zusammen zu berufen.

Für die Zwecke des Amsterdamer Bureau soll ein Haus angekauft werden. Vom 1. Januar ab sollen Berichte in französischer, englischer, deutscher und spanischer Sprache herausgegeben werden; für später wurde in Aussicht genommen, noch eine skandinavische Sprache und die italienische hinzuzunehmen.

Das Bureau wird monatlich zusammentreten; die erste Zusammenkunft des Vorstandes soll im März 1920 stattfinden. Wegen des Standes der Sozialisierung in den einzelnen Ländern sollen den Landeszentralen Fragebogen zugehen. Wegen einer Untersuchung der Verhältnisse in Rußland wurden Schritte eingeleitet; auch soll versucht werden, eine Besserung der Lage der Gewerkschaften in den Balkanstaaten herbeizuführen.

An die französische Regierung und den Obersten Rat der Entente soll wegen schleuniger Heimsendung der Kriegsgefangenen herangetreten werden.

Die argentinischen Gewerkschaften, die zurzeit 70 000 Mitglieder zählen, wurden in den Internationalen Bund aufgenommen; die beiden anwesenden Vertreter Argentiniens wurden ersucht, auf den Anschluß der Gewerkschaften der übrigen Länder Südamerikas hinzuwirken.

Die nächste Sitzung soll am 11. Dezember stattfinden.

Die Streikwelle im Ausland. Im besetzten und von Deutschland abgetretenen Gebiet machte sich durch den sehr hartnäckigen Streik in den Lothringischen Kohlengruben, der auf die Hütten- und Metallindustrie des Saargebiets übergieng, eine starke Erbitterung der Arbeiterschaft bemerkbar. Die Forderungen erstreckten sich auf Lohnerhöhung, Verstaatlichung der Bergwerke und Anerkennung der Organisation durch die französischen Behörden. Im Saargebiet hat sich die Lage etwas entspannt.

Aus Frankreich dringen Meldungen eines bevorstehenden Generalstreiks. England leidet noch an den Folgen des umfassenden Eisenbahnerstreiks (die Zahl der Streikenden wurde auf 1 Million geschätzt), der mit Hilfe einer sehr gut organisierten Gegenaktion durch die Regierung um einen großen Teil seiner Wirkung gebracht und verhältnismäßig schnell abgebrochen wurde. Das Ergebnis wird in England als eine Niederlage der radikalen Elemente und als Sieg der sozialen Verständigungsmethoden angesehen. Das amerikanische Wirtschaftsleben wurde außer von lokalen Bewegungen von einem bedeutenden Generalstreik der Metallarbeiter und einer die Lebensmittelversorgung gefährdenden Arbeitseinstellung der New Yorker Hafenarbeiter betroffen. In Italien traten die Landarbeiter der Reisepflanzungen Mitte September in eine Lohnbewegung ein. Der Monate dauernde Metallarbeiterstreik in Mailand wurde beigelegt. Aus Portugal kommen Berichte eines Eisenbahnerstreiks in Lissabon, der sich über das ganze Land auszudehnen droht.

Berichte.

Bielefeld. Nach langwierigen Verhandlungen ist nunmehr unter Mitwirkung des Bezugsleiters Kornacker unter neuer Tarif mit Rückwirkung vom 1. Oktober vereinbart worden. Die Gehilfenlöhne betragen demnach: Von Beendigung der Lehrzeit bis zum vollendeten 19. Lebensjahre pro Woche 72 Pf., im Alter von über 19 Jahren 78 Pf., im Alter von über 22 Jahren 85 Pf., im Alter von über 24 Jah-

Die Wahlen zum Verbandsbeirat finden am 14., 15. oder 16. November statt. Keines unserer Mitglieder fehle bei dieser Wahl!

ren 90 M., im Alter von über 28 Jahren 92 M. Verheiratete Gehilfen erhalten in allen Altersstufen 5 M. und Spezialarbeiter, wie Beschnneider, Manmorierer, Vergolder und Linierer, sowie Arbeiter an der Deckenmach- und Eingängemaschine erhalten 4 M. mehr.

Hilfsarbeiter unter 16 Jahren erhalten im ersten Halbjahr 24 M., im zweiten Halbjahr 28 M., nach einem Jahr 32 M. Hilfsarbeiter über 16 Jahre im ersten Halbjahr 32 M., im zweiten Halbjahr 36 M., nach einem Jahre 42 M., nach zwei Jahren 46 M., nach drei Jahren 50 M. Weitere Hilfsarbeiter im Alter von 21 bis 24 Jahren 53 M., im Alter von 25 bis 28 Jahren 60 M., im Alter von über 28 Jahren 69 M. Verheiratete Hilfsarbeiter erhalten 5 M. mehr. Arbeiterinnen unter 16 Jahren erhalten im ersten Halbjahr 21 M., im zweiten Halbjahr 26 M., nach einem Jahre 28 M., nach zwei Jahren 30 M. Arbeiterinnen über 16 Jahre erhalten im ersten Halbjahr 32 M., im zweiten Halbjahr 36 M., im dritten Jahr 40 M., im fünften Jahr 46 M., nach dem fünften Jahr 48 M. Maschinenarbeiterinnen erhalten 2 M. mehr. Für Lehrlinge ist ein Kostgeld vereinbart, im ersten Jahr der Lehrzeit 10 M., im zweiten Jahr 12 M., im dritten Jahr 15 M., im vierten Jahr 18 M. Affordarbeiter und -arbeiterinnen sollen im Durchschnitt 15 Proz. mehr als im Wochenlohn verdienen. Die Preise für Affordarbeiten werden unter Mitwirkung der Arbeiterausschüsse und der beteiligten Arbeiter und Arbeiterinnen dementsprechend neu festgesetzt. Die Regelung der Frauen- und Männerarbeit ist die gleiche wie im Leipziger Affordtarif. Der Zuschlag für Ueberstunden beträgt an Werktagen 83 1/2 Proz., an Sonn- und Feiertagen sowie für Nacharbeit 100 Proz. Die Ferien betragen: für Gehilfen nach dem 1. Jahr der Beschäftigung 5 Arbeitstage, für jedes weitere Beschäftigungsjahr steigend um 1 Tag bis zur Höchstdauer von 12 Arbeitstagen, für Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen nach dem 1. Jahr 8 Arbeitstage, jedes Jahr steigend um 1 Tag bis zur Höchstdauer von 6 Arbeitstagen. Feiertage werden allen im Wochenlohn Beschäftigten nach ihrem Grundlohn bezahlt. Die Kündigungsfrist ist eine 14-tägige. Bei Einschränkung oder Stilllegung des Betriebes infolge Arbeits-, Vertriebsstoff- oder Rohstoffmangel werden die in den ersten sechs Tagen ausfallenden Arbeitsstunden mit 25 Proz. des Grundlohnes vergütet.

Der Tarif gilt bis zum 31. März 1920, kann jedoch mit einer Frist von vier Wochen gekündigt werden, wenn zwischen den Organisationen inzwischen ein Reichstarif vereinbart wird.

Hannover. In unserer am 17. d. M. stattgefundenen Generalversammlung berichteten nach Erledigung des Geschäfts- und Kassenberichtes die Kollegen Goppert und Rosenthal über die mit dem Verein der Buch- und Steinbrudereibesitzer gepflogenen Verhandlungen über die neuen Teuerungszulagen. Danach werden ab 1. 10. an neuen Teuerungszulagen gewährt: für alle männlichen Arbeiter 12 M., für Arbeiterinnen über 18 Jahre 6 M. und für Arbeiterinnen unter 18 Jahren 4 M. pro Woche. Die gesamten Teuerungszulagen für Hannover betragen danach: für verheiratete Gehilfen pro Woche 73 M., für ledige Gehilfen pro Woche 71,50 M., für verheiratete Hilfsarbeiter über 18 Jahre 52 M., für ledige Hilfsarbeiter über 18 Jahre 51 M., für solche unter 18 Jahren 49 M., für Arbeiterinnen über 18 Jahre 35,50 M., für Arbeiterinnen unter 18 Jahren 33 M.

Nachdem am 20. d. M. mit der Buchbinderinnung die gleichen Zulagen vereinbart wurden, werden nunmehr durchschnittlich an Gesamtlohn bezahlt: in Großbetrieben für Gehilfen 103 M. bis 115 M., für Hilfsarbeiter 71 bis 85 M. In Innungsbetrieben für Gehilfen 95 bis 108 M. In Arbeiterinnen über 18 Jahre durchweg 50 bis 59 M. und an Arbeiterinnen unter 18 Jahren durchweg 40 bis 52 M.

Im Verlaufe der Versammlung berichteten dann die Vertreter des Hilfsarbeiterverbandes, daß die Buch- und Steinbruderei-Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen in den Streik getreten seien, da eine Einigung mit den Arbeitgebern über die neuen Teuerungszulagen nicht erzielt werden konnte.

Als Kandidaten für die Wahl zum Beirat wurden von den Delegierten die Kollegen Goppert und Pöppler, Hannover, und für den Erfahrungsmann der Kollege Hof, Bielefeld, aufgestellt.

Kassel. In einer am 22. Oktober stattgefundenen Versammlung der in der Kartonnagen- und Papierwarenindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen referierte Kollege Kornacker-Hannover

über die Lohnverhältnisse in diesen Branchen in Kassel. In durchaus nicht zarten Worten führte Kornacker den Anwesenden vor Augen, wie durch den Indifferentismus und Mangel an Energie seitens der Kollegenschaft in Kassel die Löhne außerordentlich zurückgeblieben seien. Vergleiche mit den Löhnen in Hannover, Bielefeld und anderen Städten zeigen, daß die Löhne in Kassel um 60 bis 100 Proz. niedriger sind als dort. Das kann unter keinen Umständen so weitergehen. Schimpfen und Räsonieren allein hilft nichts, man muß auch den Mut zur Tat haben. Heute habe man ihn, Kornacker, zu einer Firma geschickt, weil dort die vereinbarten Ferien noch nicht gewährt seien, und da stelle sich heraus, daß noch keiner der Beschäftigten einen Anspruch darauf geltend gemacht habe. Die Verhandlungen über die neuen Tarifvorstellungen stehen in nächster Woche bevor, er erwarte, daß die gesamte Kollegenschaft nun auch einmütig und geschlossen hinter diesen Forderungen stehe.

Sodann berichtete Kornacker über die neu vereinbarten Teuerungszulagen für die in Buchbindereien und Buchdruckereien beschäftigten Kollegen und Kolleginnen. Für die Buchdruckereien sei zahlbar ab 1. Oktober folgendes vereinbart: Die Teuerungszulagen werden erhöht für verheiratete Gehilfen pro Woche um 10 M., für ledige Gehilfen über 18 Jahre um 7 M., für solche unter 18 Jahren um 5 M. Für Arbeiterinnen über 20 Jahre um 4 M., im Alter von 16—20 Jahren um 3 M. und für solche im Alter von unter 16 Jahren um 1,50 M.

Die Buchbinderinnung hatte jedes Zugeständnis abgelehnt. Die heute vor dem Schlichtungsausschuß geführten Verhandlungen hatten nun folgendes Ergebnis:

Gehilfen über 25 Jahre alt und verheiratete in jedem Lebensalter erhalten eine Zulage von 14 M., jedoch darf der Gesamtlohn demnach nicht unter 80 M. betragen. Ledige Gehilfen unter 25 Jahre erhalten eine Zulage von 12 M., der Gesamtlohn darf demnach nicht unter 70 M. betragen. Geübte Arbeiterinnen, die 1 Jahr und länger im Verufe tätig sind, erhalten eine Zulage von 6 M., der Gesamtlohn darf demnach nicht unter 40 M. betragen; angeübte Arbeiterinnen im ersten Jahre der Berufstätigkeit erhalten 3 M. Zulage pro Woche. Erster Jahrestag 1. November.

Da in den Innungsbetrieben bisher noch Löhne von 50 und 55 M., in einigen Fällen 65 M. und nur in einem Fall 75 M. für Gehilfen und 18 und 25 M., nur in einem Fall 38,50 M. für Arbeiterinnen gezahlt wurden, so bringt diese Vereinbarung den Kollegen und Kolleginnen immerhin einen nennenswerten Vorteil. An der Kollegenschaft Kassels selbst liegt es, daß sie bald mit ihren Löhnen dahin kommen, wie sie in anderen Städten üblich sind.

Bremen. Im September hatten wir bei dem Verein selbständiger Buchbindermeister und beim Verein bremischer Buchdruckereibesitzer eine Eingabe eingebracht, in welcher eine Teuerungszulage von 20 M. für Gehilfen und 10 M. für Arbeiterinnen gefordert wurde. Außerdem wurde eine einmalige Teuerungszulage von 100 M. für Gehilfen und ein Wochenlohn für Arbeiterinnen verlangt. Die Buchbindermeister bewilligten uns zwar nicht das, was wir gefordert haben, aber sie boten uns 20 Proz. des bisherigen Lohnes als Zulage. Da dies unserer Forderung sehr nahe kommt, ja bei einigen sogar noch weitergeht, so haben wir das angenommen. Anders bei den Buchdruckereibesitzern. Diese boten uns 12 M. für Gehilfen und 7,50 M. für Arbeiterinnen und glaubten nun, daß wir damit hoch erfreut nach Hause gehen würden. Doch darin haben sie sich sehr getäuscht. Nun drohten sie, falls dieses nicht angenommen würde, sie bei einer etwaigen nochmaligen Verhandlung dies Angebot nicht aufrecht erhalten, sondern uns mit einem noch niedrigeren Angebot kommen würden. Letzteres haben sie allerdings nicht getan, aber ein weiteres Entgegenkommen war nicht zu erreichen. Wir wandten uns dann an den Schlichtungsausschuß. Zwar versprachen wir uns nicht viel davon, weil eben die Schiedsprüche keine Gesetzeskraft haben, aber wenn wir geglaubt hatten, dort wenigstens Verständnis zu finden, so sahen wir uns darin arg getäuscht. Der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses hielt es zunächst für notwendig, den Vorsitzenden des Buchdruckereibesitzervereins zu einer Vorbesprechung zu laden, während er das bei uns nicht für notwendig hielt. Bei der Verhandlung schien es uns, daß alle unsere Begründungen bei dem Vorsitzenden wie leerer Schall wirkten, so daß wir uns des Eindruckes der Vereingommenheit nicht verwehren konnten. Nach der Beratung wurde das ehemalige Angebot der Unternehmer zum Schiedspruch erhoben. In der Begrün-

dung hieß es: „Da die Buchbinder in den Druckereien ihre gelehrten Fähigkeiten nicht zur Anwendung zu bringen brauchten, wäre das Angebot der Unternehmer ein sehr weitgehendes.“ (Wer lacht da? — So, Ihr Buchbinder, jetzt wißt Ihr's, der Schlichtungsausschuß in Bremen hat es Euch gesagt, daß Ihr in der Druckerei Eure gelehrten Fähigkeiten nicht zur Anwendung zu bringen braucht!) Unsere Verammlung lehnte den Schiedspruch ab. Nachdem es nun einem Teil unserer Kollegen und Kolleginnen gelungen war, dieselbe Zulage, wie sie in den Buchbindereien bewilligt war, zu bekommen, und nachdem sich auch die Buchdruckereigesellen ins Zeug gelegt hatten, erklärten sich die Unternehmer insofern zu weiteren Zugeständnissen bereit, daß sie die zurzeit gezahlten Grundlöhne der Gehilfen um 1,50 M. und den Grundlohn der Arbeiterinnen von 14,25 M. auf 15,40 M. erhöhten. Die einmalige Teuerungszulage war weder bei den Buchbindermeistern noch bei den Buchdruckereibesitzern zu erreichen. Die Minimalalöhne betragen nun, nach Berufs Jahren gestaffelt: In den Buchbindereien 95,20 M. bis 102,60 M. für ledige, 99 M. bis 107,40 M. für verheiratete Gehilfen und für Arbeiterinnen 43,86 M. bis 49,50 M. In den Buchdruckereibetrieben der Buch- und Steinbrudereien: 93 M. bis 99 M. für ledige, 95 M. bis 103 M. für verheiratete Gehilfen und 44,05 M. bis 49,90 M. für Arbeiterinnen. Sollten die Herren Unternehmer wohl wirklich glauben, daß mit solchen Löhnen in der heutigen Zeit auszukommen ist, oder sind ihnen die fortgeschrittenen Beunruhigungen so sehr erwünscht?

Dresden. Auch die Dresdener Kollegenschaft aller Branchen kommt immer mehr zu der Erkenntnis, daß ihre Löhne noch sehr verbesserungsbedürftig sind, daß sie noch weit hinter denjenigen stehen, die in anderen Orten schon längst gezahlt werden. Wer sich bis jetzt noch nicht aus eigener Kraft und Ueberzeugung an die Seite seiner kämpfenden Kollegen gestellt hatte, den treibt jetzt die zwingende Notwendigkeit dazu, da mit den zurzeit bestehenden Löhnen niemand mehr auskommen kann. Nach den bis 1. Oktober geltenden Tarifen erhalten gelernte Buchbinder 45 bis 70 und Arbeiterinnen 17 bis 30 M. Um nun einen Uebergang zum kommenden Reichstarif zu schaffen, wurden zunächst die Grundlöhne derselben als Forderung eingereicht. So bescheiden diese Löhne gegenüber den herrschenden Teuerungsverhältnissen auch sind, so bezeichneten sie die Unternehmer doch als unerhöht hoch und lehnten sie als unannehmbar ab. Die Innung machte ein Angebot von ganzen 10 Proz. Die Buchdrucker sagten 8 bis 10 M. für männliche und 8 bis 5 M. für weibliche Arbeiter, während die Steinbruder ein Zugeständnis von 7 bis 10 M. für männliche und 2 bis 5 M. für weibliche Arbeiter machten. In der Kartonnagenbranche waren zu den bisher geltenden 50 Proz. Teuerungszulage auf den Grundlohn weitere 50 Proz. gefordert worden, wovon aber nur 15 Proz. aufgestanden wurden.

In der am 14. Oktober stattgefundenen Versammlung, die außerordentlich stark besucht war, gab Lange zunächst Bericht über den gegenwärtigen Stand der Bewegung. Er erklärte, daß die Unternehmer wohl im allgemeinen die Notwendigkeit einer Lohnhöhung anerkennen, die gestellten Forderungen aber als weit über den Rahmen des Möglichen hinausgehend bezeichnen. Da sie jedoch jede weitere Verhandlung ablehnen, hat die Versammlung über die weiter zu treffenden Maßnahmen zu beschließen.

In der lebhaft eintreffenden Debatte erklärten sämtliche Redner, daß es unmöglich sei von den gestellten Forderungen abzugehen, indem diese das Mindeste darstellten, was zum Leben notwendig sei. In anderen Orten seien diese Löhne schon längst überholt, und es sei die höchste Zeit, daß auch in Dresden endlich zeitgemäße Löhne gezahlt werden. Die lächerlich geringen Zugeständnisse seien unannehmbar. Wenn nicht wesentlich höhere Zulagen gemacht würden, müsse man eben schärfere Maßnahmen ergreifen und dürfe auch vor einem event. Streik nicht zurückweichen. Die allseitig begeisterte Zustimmung, die sämtliche Redner fanden, zeigte, daß es den Buchbindereiarbeitern endlich ernst ist mit der Verbesserung ihrer Lebenslage. Bevor man jedoch zum äußersten schreitet, soll noch einmal mit Hilfe des Demobilisationskommissars versucht werden, eine beide Teile befriedigende Vereinbarung herbeizuführen.

In den Zigarettenfabriken ist es bereits zu einem Schiedspruch gekommen, der für die Kartonnagenarbeiter eine Zulage von 10 Proz. vorsieht, den die Unternehmer jedoch abgelehnt haben. Auch hier soll zunächst eine weitere Instanz angerufen

werden. Auch in den sonstigen Kartonnagenfabriken sowie in den Luxuspapier- und Watfabriken schweben Verhandlungen wegen besserer Ausgestaltung der bestehenden Tarife, ohne daß es bis jetzt zu einem befriedigenden Abschluß gekommen ist.

Infolge der allgemeinen Notlage hat die Arbeiterität aller Branchen eine Kampfstimmung ergriffen. Die erkennen läßt, daß man es endlich fast hat, sich immer wieder mit einigen Groschen abspießen zu lassen und anderen Orten gegenüber als Lohnrücker bezeichnet zu werden. Mehrere Resolutionen, in denen die Stimmung in den einzelnen Branchen scharf zum Ausdruck kommt, wurden mit großer Begeisterung einstimmig angenommen.

Am 18. Oktober haben die Verhandlungen vor dem Lohnermittlungskommissionar stattgefunden; ein endgültiges Resultat konnte aber auch hier nicht erzielt werden. Die Prinzipale erkannten zwar im allgemeinen an, daß die gestellten Forderungen keine unbillichen seien und den Verhältnissen entsprächen, trotzdem müßten sie dieselben als unannehmbar bezeichnen, da sie gegenüber den bisherigen Löhnen ein derart sprunghaftes Aufschließen bedeuteten, wie es das Gewerbe nicht tragen könne. Sie erklärten sich schließlich bereit, in ihren Kreisen noch einmal dahin wirken zu wollen, daß den Forderungen nach Möglichkeit Rechnung getragen werden soll und verpflichteten sich, bis spätestens am 24. Oktober der Organisation endgültigen Bescheid zukommen zu lassen.

Die am 18. Oktober, abends, versammelten Vertrauenspersonen haben den Bericht entgegengenommen und, wenn auch widerstrebend, beschlossen, noch bis zum 24. Oktober warten zu wollen. Sollte jedoch bis dahin ein befriedigendes Resultat nicht erzielt werden, dann müsse unbedingt nach äußerem und zu Gebote stehenden Mitteln gegriffen werden.

Duisburg-Ruhrort. Zum 1. Oktober war die hiesige Kollegenschaft in eine Lohnbewegung eingetreten. Es sollte auch hier einmal eine Grundfrage geschaffen werden, um den unhaltbaren Zuständen, welche in der hiesigen Buchstille herrschten, ein Ende zu bereiten. Die Unternehmer zahlten immer nur nach Willkür. Da wir nicht warten konnten, bis der Reichstaxi kommen sollte, versuchten wir ein vorläufiges Abkommen mit den Unternehmern zu schließen. Unser erstes Schreiben beantragte die Buchdruckervereinigung dahingehend, daß sie für uns nicht zuständig sei. Die Innung hielt es überhaupt nicht für nötig zu antworten. Die einzige Firma, welche unsere Forderungen sofort bewilligte, war die Hansa-Druckerei, die seiner Vereinigung angeschlossen ist. Diese zahlte außerdem an ihre Gehilfen noch eine Entschädigungssumme von 100 Mk. Eine daraufhin einberufene Protestversammlung geißelte das Verhalten der Unternehmer scharf. Nach längerer Debatte wurde beschlossen, den Unternehmern ein dreitägiges Ultimatum zu stellen, sollten diese auch dann noch nicht zu Verhandlungen bereit sein, so wolle die gesamte Kollegenschaft geschlossen in den Ausschand treten. Dieses schien wohl eher zu wirken, denn sie luden uns daraufhin zu einer Sitzung ein, welche in der Woche stattfand. Dort waren außer der Buchdruckervereinigung noch zwei Vertreter der Innung und die Herren Steffen und Steinamp vertreten. Von unserer Seite war eine achtsitzige Kommission delegiert, außerdem waren noch unser Gauleiter Kollege Grönhoff und der Vorsitzende des Rheinischen Zentralverbandes anwesend. Nach langen Für- und Widerreden einigte man sich schließlich auf den Buchdrucker tarif abzüglich 10 Proz. Auch sollen den Kollegen dieselben Vergünstigungen zuteilen wie den Buchdruckern bezüglich Ueberstunden, Ferien, Zulagen usw. Bestehende höhere Lohnsätze sollen nicht herabgesetzt werden. Für die Kolleginnen wurden folgende Sätze vereinbart: Arbeiterinnen unter 16 Jahren bis zu 8 Wochen 18 Mk., bis zu einem halben Jahr 21 Mk., im zweiten Halbjahr 24 Mk. und bis zu 18 Jahren 27 Mk. Arbeiterinnen über 18 Jahre im 1. Halbjahr 30 Mk., im 2. Halbjahr 36 Mk. und dann 42 Mk. Auch erhalten dieselben ebenfalls die Vergünstigungen prozentual gerechnet. In der am selben Abend stattgefundenen Versammlung schilderte Kollege Grönhoff den Verlauf der Verhandlung, daß leider nicht mehr zu erreichen war und daß es nun an der Kollegenschaft liege, das so schwer Errungene auch wirklich durchzuführen, indem sie treu und fest zur Organisation halten und nicht durch Laune wieder zerstreuen, was bisher erreicht wurde. Es ist uns wenigstens gelungen, daß die Unternehmer unsere Organisation anerkannt haben und mit uns rechnen. Nachdem noch der Vorsitzende Kollege Hiller einige eindringliche Worte an die Versammlung gerichtet hatte, nahm dieselbe den getätigten Vertrag einstimmig an.

Falle a. S. Auch unsere Kollegenschaft steht in einer Lohnbewegung. Seit Ende August haben es die Arbeitgeber verstanden, die Verhandlungen hinzuziehen. Nun ist jedoch die Geduld der sonst so

rühigen und geduldsamen Buchbindereiarbeiterchaft zu Ende. In einer am 9. Oktober abgehaltenen sehr zahlreich besuchten Versammlung wurde der Bericht über die am 7. Oktober stattgefundenen Verhandlungen entgegengenommen und mit höchster Entrüstung der geringe Gegenvorschlag der Arbeitgeber zurückgewiesen. Alle Redner forderten zu sofortigem Streik aus, und nur durch den Einfluß der Lohnkommission, welche vor Uebereilung warnte, wurde der Ausstand noch verhindert. Es wurde dann noch eine Frist bis zum Montagabend festgelegt, wo man in erneuter Versammlung endgültigen Bescheid erwartete. Von verschiedenen Rednern wurde eine Erhöhung der Forderungen von 20 auf 30 Mk. für Kollegen und von 12 auf 20 Mk. für Kolleginnen verlangt. Eine längere Aussprache fand noch über die Haltung der Druckerbetreiber statt, denen man endlich auch einmal zeigen müsse, welche Stellung wir ihnen gegenüber einzunehmen haben. Folgende Entschließung wurde einstimmig angenommen:

„Die von über 400 Personen besuchte Versammlung der Buchbinder und Buchbindereiarbeiterinnen nimmt von dem Gegenvorschlag der Herren Arbeitgeber mit höchster Entrüstung Kenntnis. Die Versammelten bestehen bei der heutigen noch fortwährend steigenden Teuerung auf ihren gestellten gerechten Forderungen und sind gewillt, mit dem letzten Mittel ihre Forderungen durchzusetzen. Sie stellen den Herren Arbeitgebern anheim, am Montag, den 13. Oktober, nachmittags 4 Uhr, in einer neuen Sitzung zusammenzukommen, von der der Arbeitnehmer noch am selben Abend eine endgültige Regelung erwarten.“

Ferner wurde beschlossen, über Fälle die Sperre zu verhängen, um jeden Zugzug von auswärtig fernzuhalten.

In einer weiteren Versammlung am Abend des 13. Oktober erarbeitete die Lohnkommission Bericht über die letzten Verhandlungen. Folgende Vereinbarungen kamen zu dem am 12. Juni 1919 abgeschlossenen Tarif zustande: An neuen Teuerungszulagen werden bewilligt: a) für ledige Gehilfen 15 Mk. für verheiratete Gehilfen 20 Mk., b) für Arbeiterinnen, ungetraute unter 16 Jahren 4 Mk., ungetraute über 16 Jahre 5 Mk., getraute 8 Mk., getraute über 24 Jahre 10 Mk. Diese Vereinbarungen haben Gültigkeit von der ersten Lohnwoche des Oktober bis 31. Dezember 1919. Die Versammlung nahm das Resultat als vorläufig befriedigend an, empfahl aber der Ortsverwaltung die Augen offen zu halten, um mit Teuerungszulagen oder Wirtschaftsbefehlissen immer Schritt zu halten. An den in Buchdruckereien beschäftigten Buchbindern und Buchbindereiarbeiterinnen wird es nun liegen, auch ihrerseits gebührende Stellung zu diesen Forderungen zu nehmen.

Miel. Am 16. Oktober tagte die stark besuchte Generalversammlung der hiesigen Buchstille. Sie beschäftigte sich u. a. mit dem Bericht über die Verhandlungen mit den Arbeitgebern in betreff Teuerungszulagen, den der Vorsitzende Kollege Prausch erstattete. Es ergab sich ein anderes Resultat, als erwartet wurde. Trotzdem wohl im ganzen Reiche gemäß den Abmachungen mit dem Verband deutscher Buchbindereibesitzer die Teuerungszulagen in festen Wochenzuschlägen gezahlt werden sollen, verweigerten sich die hiesigen Meister darauf, die Teuerungszulagen in Stundenlohn umgerechnet zu zahlen. Es zeigt sich so recht das Pfennigparasitismus, das den Kleinmeister bis jetzt immer noch auszeichnet. Nach langen Verhandlungen wurde schließlich eine Einigung erzielt, die allerdings nicht die Höhe erreicht, als angenommen war. Es erhalten demnach Gehilfen bis zum 6. Jahr 15 Pfg., nach dem 6. Jahr 20 Pfg. und Arbeiterinnen 10 Pfg. Zuschlag pro Stunde zu den bisherigen Sätzen bei 48stündiger Wochenarbeitszeit einsch. Frühstückspause, wobei allerdings die Gehilfen nach dem 6. Berufsjahr zu kurz kommen. Die Meister schoben auch den Zahlungstermin um eine Woche hinaus. Um des lieben Friedens willen und in der Hoffnung auf baldige Einführung des Reichstaxi nahm die Versammlung nach scharfer Debatte, in der das Verhalten der Arbeitgeber geißelt wurde, das Angebot an. Folgende Entschließung, die auch den Arbeitgebern übermittelte wurde, gelangte zur einstimmigen Annahme:

Die am Donnerstag, den 16. Oktober, im Gewerkschaftshaus in Miel versammelten Buchbinder und Buchbindereiarbeiterinnen verurteilen entschieden das engstirnige Entgegenkommen der Arbeitgeber bei Bewilligung von Teuerungszulagen. Die Versammelten hätten nicht erwartet, daß von den Abmachungen zwischen dem Verband deutscher Buchbindereibesitzer und dem Deutschen Buchbinderverband von den hiesigen Arbeitgebern noch Abstriche gemacht würden. Erst recht verurteilt die Versammlung die Hinausschiebung des ersten Zahlungstermins um eine Woche. Nur in der Hoffnung auf baldige Einführung des Reichstaxi können sie ihre Zustimmung geben zu dem Angebot der Arbeitgeber.

Die Versammelten geloben, fester denn je zur Organisation zu halten, denn nur so sind sie in der Lage, sich wirtschaftlich zu verbessern.

Konstanz. Eine außerordentliche Mitglieder-versammlung am 8. Oktober, die nahezu von allen am Ort befindlichen Kollegen und Kolleginnen besucht war, nahm Stellung zu dem neu abgeschlossenen Ortstarif, welcher ab 1. Oktober 1919 bis zum 31. März 1920 vereinbart wurde. Dieser setzt folgende Lohnsätze fest:

1. Für männliche Hilfsarbeiter: Bis zu 16 Jahren Gehaltlohn 35 Mk. pro Woche, von 16 bis 18 Jahren 45 Mk., von 18 bis 21 Jahren 55 Mk., über 21 Jahre 65 Mk. und für Verheiratete 72 Mk.

2. Für Hilfsarbeiterinnen: Bis zu 16 Jahren 35 Mk., über 16 bis 20 Jahre 48 Mk., über 20 Jahre 58 Mk., an Verheiratete und an Maschinenarbeiterinnen über 20 Jahre, die mehr als 3 Jahre im Beruf tätig sind, 60 Mk. pro Woche.

3. Für Lehrlinge im 1., 2. und 3. Lehrjahre je 8 Mk., 10 Mk. und 12 Mk. pro Woche.

4. Für Buchbinder und Spezialarbeiter: Im 1. Gehilfenjahr 95 Mk. pro Woche, im 2. Gehilfenjahr 98 Mk., nach dem 2. Gehilfenjahr 100 Mk. und für Verheiratete 105 Mk. pro Woche.

Trotz einiger Opposition gegen die Lohnhöhe dieses Tarifs muß doch gesagt werden, daß damit für Konstanz ein annehmbarer Erfolg errungen ist. Die Versammlung bezeichnete dann auch in ihrer Mehrheit die Vereinbarung als befriedigend. Die angeführten Mängel sind auf die früheren Verhältnisse zurückzuführen, an denen ein Teil der Kollegen und Kolleginnen selbst mitschuldigt sind. Um dieses gutzumachen, ist eine regere Beteiligung der Mitglieder an den Versammlungen und an den Arbeiten für die Organisation geboten.

Die in der Papyrosin- und Kuvertfabrik beschäftigten Kollegen und Kolleginnen haben durch die Einführung des Reichstaxi für die Briefumschlag- und Papierverarbeitungsindustrie gleichfalls annehmbare Lohnerhöhungen erhalten, zu denen jetzt noch weitere Teuerungszulagen gefordert werden.

Ludenwalde. In unserer Mitglieder-versammlung am 20. Oktober gab der Vorsitzende Kollege Hannemann zum 1. Punkt den Briefwechsel der Ortsverwaltung mit den Unternehmern aus Anlaß unserer Forderung auf Gewährung von Ferien bekannt. Er kritisierte den ablehnenden Standpunkt der Unternehmer, besonders den Ausdruck derselben, daß bei der heutigen Lage der hiesigen Papierwareindustrie, hervorgerufen durch den öfteren Gas- und Strommangel, die Forderung nach Ferien widersinnig wäre. Ebenso drückten die Unternehmer aus, daß Verhandlungen mit der Organisationsleitung ausfallen würden, denn an ihrem Standpunkt würde doch nichts geändert werden. Redner unterbreitete den Mitgliedern den Vorschlag einer Funktionär- und Vertrauensmännerprüfung, dennoch an die Unternehmer heranzutreten, um eine Verhandlung herbeizuführen. Jetzt gaben die Unternehmer nach, und so soll diese am 22. Oktober stattfinden. Die Versammlung gab ihrer Befriedigung darüber Ausdruck, daß die Ferienfrage noch für dieses Jahr ins Rollen kommen wird. Zu der Frage des Hausflattererwesens gab der Vorsitzende bekannt, daß die Kollegin Nugglich, da ihre häuslichen Pflichten sie jetzt in Anspruch nehmen, willens ist, ihren Posten als Hausflattererin niederzulegen. Die Ortsverwaltung hat sich mit der Angelegenheit beschäftigt und ist zu dem Entschluß gekommen, an Stelle der bisherigen zwei jetzt drei Hausflatterer anzustellen, damit eine bessere Kassierung der Beiträge gewährleistet sei. Die Versammlung ist damit einverstanden. Der Vorsitzende eruchte diejenigen Kollegen, welche gewillt sind, diese Posten zu übernehmen, sich freiwillig zu melden. Es meldeten sich die Kollegen Lorenz und Richard Lehmann. Zu Punkt 3 wird der Vorsitzende, Kollege Otto Hannemann, als Kandidat für den Verbandsbeirat in Gau I/III aufgestellt. Hierzu bemerkt Kollege Kresschmar, die Kollegenschaft möge bei dieser Wahl nicht wieder so eine bedenkliche Wahlklausur wie bei der Wahl zum Verbandstag zeigen. Den Kartellbericht gab der Kartelldelegierte Hannemann. Hervorgehoben sei hierbei die Erhöhung der Kartellbeiträge von 30 auf 40 Pfg. pro Mitglied und Vierteljahr und der Schiedspruch des Schlichtungsausschusses, wonach Annoncierte nicht den Anspruch auf die Tariflöhne besitzen wie die Organisierten. Unter Verschiedenes gab der Vorsitzende bekannt, daß Sammellisten für die streikenden Metallarbeiter in den Betrieben herumgingen, und drückte die Hoffnung aus, daß die Kollegenschaft auch hier wieder ihr Solidaritätsgefühl für ihre kämpfenden Arbeitsgenossen befunden werde. Ferner lies ein Antrag ein, den durch lange Krankheit ausgefallenen Kollegen Kasch durch eine außerordentliche Unterstützung zu helfen. Dies wurde der Ortsverwaltung zur Erledigung überwiesen. Darauf war Schluß der überaus anregend verlauf-

fenen Verammlung, welche trotz der durch den Gas-
mangel verlegten Arbeitszeit verhältnismäßig gut
besucht war.

Züsterbog v. Ludenwalde. Am 21. Oktober fand
hier eine Versammlung der bei der Briefumschlag-
fabrik von Klemm beschäftigten Kollegen und Kolle-
ginnen statt, zu welcher der Vorsitzende der Zahlstelle
Ludenwalde, Kollege Hannemann, erschienen war.
Diese Firma beschäftigt 1 Buchbinder, 2 Hilfsarbeiter
und 20 Hilfsarbeiterinnen, außerdem noch 3 Buch-
drucker. Davon waren organisiert 1 Buchbinder,
2 Buchdrucker und 2 Hilfsarbeiterinnen. Es wurde
zunächst ein Arbeiterausschuss gewählt, wobei der
Kollege Hannemann seinem Entsaunen Ausdruck gab,
dass dieser überhaupt noch nicht besteht; dieses müsste
schon lange durch die Firma veranlasst sein. Sodann
hielt Kollege Hannemann einen Vortrag über Zweck
und Ziele der Organisation und stellte den An-
wiesenden den Nutzen einer starken Organisation vor
Augen, welchen auch die Züsterboger Kollegenschaft
sich verschaffen könne, wenn sie sich reiflos der Or-
ganisation anschließt. Durch rege Aufmerksamkeit
und Zwischenrufe drückte die Versammlung ihre
Zustimmung zu den Ausführungen des Redners
aus. Es werden von dieser Firma noch Löhne von
16 bis 33 M. den Arbeiterinnen gezahlt in einem
Ort, welcher ebenso teure Lebenshaltung hat wie
Ludenwalde, wo dank einer guten Organisation
bedeutend höhere Löhne gezahlt werden. Der Er-
folg dieser Versammlung war der reiflose Beitritt
der Unorganisierten zum Verband. Kollege Pawlisch,
dessen Bemühungen zum größten Teil den Erfolg
herbeiführte, verbreitete sich noch über den Reichs-
tarif für die Briefumschlagindustrie und drückte die
Hoffnung aus, dass dieser bald in Züsterbog zur Ein-
führung kommen werde. In seinem Schlusswort er-
mahnte Hannemann die Kollegen und Kolleginnen,
fortan treu zur Organisation zu stehen. Mögen sie
bedenken, dass sie vereinzelt nichts sind, vereinigt
aber alles. Beschlossen wurde noch, sich der Luden-
walder Zahlstelle anzuschließen.

München. Eine Versammlung am 22. Oktober
hatte folgende Tagesordnung: 1. Die bevorstehende
Wahl zum Verbandsbeirat; 2. Durchführung der
Wahl des Beirats für München; 3. Bericht vom
Gewerkschaftsverein; 4. Verhandlungsangelegenheiten.
Kollege Sartier referierte zum 2. Punkt der Tages-
ordnung, da Kollege Müller noch bei einer Verhand-
lung festschalten war. Kollege Schanung bittet, sich
an der Wahl rege zu beteiligen. Auf Antrag des
Kollegen Dingler wurde das Kassenbuch und das
Verbandsbureau als Wahllokal bestimmt. Die Wahl-
kommission setzt sich aus den Kollegen Dingler, Saas,
Bergmann, Brandhuber, Liebhardt, Dornen, Möhl,
Knäbmann, Biedermann, Köllath, Korb und Weiers-
müller zusammen. Beim Bericht vom Gewerkschafts-
verein entspann sich eine längere Debatte über das
Feiern des 7. November. Die Versammlung nahm
einen Antrag des Kollegen M. Brugger an, der dahin-
gehend lautet: „Die Versammlung beschließt, dass
sie im Prinzip mit der Feier des 7. November ein-
verstanden ist.“ Unterdessen ist Kollege Müller an-
gekommen und spricht über die Bedeutung der Wahl
zum Verbandsbeirat. Kollege M. Brugger fordert
die Mitglieder auf, bei der Wahl des Beirats sehr
vorsichtig zu sein. Als Kandidaten zum Verbands-
beirat wurden vorgeschlagen die Kollegen M. Brugger
und Sartier. Für den Erstatmann wurden in Vor-
schlag gebracht die Kollegen Schneider, Kelmüller
und Liebhardt. Kollege Liebhardt reichte folgenden
Antrag ein, der einstimmig angenommen wurde:
„Die heute im Restaurant Kasseum tagende Ver-
sammlung des Buchbinderverbandes der Zahlstelle
München protestiert gegen die Nichtaufnahme des
Berichtes von zwei Versammlungen“, in denen Be-
richt vom Verbandsrat gegeben wurde. Die hiesige
Kollegenchaft verlangt von der Ortsverwaltung, dass
sie alle Schritte unternimmt, um unserem Recht
Geltung zu verschaffen. Die beiden Resolutionen
betreffend Kollegen Mayer und die Verteilung der
Münchener Kollegenschaft über den Verbandsrat sind
in der heutigen Versammlung zu verlesen und dem
Bericht von heute neuerdings beizufügen. Derselbe
ist so rechtzeitig an die Redaktion der „Buchbinder-
Zeitung“ einzusenden, dass neue Verschleppungsver-
suche unmöglich werden. Die Kollegenschaft Deutsch-
lands soll wissen, wie die Münchener im Falle Mayer
gehandelt haben. Fort mit den Schieberereien, heraus
mit der wahren Demokratie und der freien Mei-
nungsaussprechung.“

* Anmerk. der Redaktion: Diese Versammlungs-
berichte sind wohl nur deshalb nicht veröffentlicht,
weil seitens der Ortsverwaltung der Zahlstelle Mün-
chen der Verbandsvorstand ersucht worden war, zu
einer vom Kollegen Josef Mayer eingeleiteten Rech-
fertigungschrift bis zur Regelung dieser Sache durch
die Ortsverwaltung nicht Stellung zu nehmen. Unter
allen Umständen erwarte die Münchener Kollegenschaft,
dass Mayers Rechtfertigung nicht in der „Buch-
binder-Zeitung“ erscheint.

Die Resolution von Kollegen Eichhorn in bezug
auf Kollegen Mayer wurde verlesen: „Die veriam-
melte Kollegenschaft der Zahlstelle München erklärt,
dass der Kollege Mayer durch sein Verhalten auf dem
Verbandsrat das Vertrauen seiner Mandatgeber auf
das schwerste missbraucht hat. Die Versammelten er-
klären weiter, dass sie mit den Ausführungen des
Kollegen Mayer am Verbandsrat jede Gemeinschaft
ablehnen. Das Nächsthilfen erkennen die Versam-
melten als erstrebenswertes Ziel an und um dies
zu erreichen, soll auch vor der Titular des Pro-
letariats nicht zurückgeschreckt werden.“ Ebenso
wurde die Resolution von Kollegen Martin Brugger
zwecks Beurteilung des Verbandsrates verlesen: „Die
Versammlung der Zahlstelle München ist mit dem
Resultat des Verbandsrates nicht zufrieden. Den
Delegierten der Opposition sprechen wir unsere Sym-
pathie aus. Von der neuen Verbandseitung er-
warten wir, dass sie ein gedeihliches Zusammen-
arbeiten ermöglicht. Die Versammelten geloben, es
für die Zukunft abzugeben, mit Unorganisierten zu
arbeiten und erlauben die gesamte Kollegenschaft, in
diesem Sinne zu wirken.“

Wittenberg. „Durch Kampf zum Sieg.“ In
diesem Zeichen haben wir das erste Vierteljahr
unseres Kampf-Lebens abgeschlossen. Während
dieser Zeit sind 4 Lohnbewegungen zu unserem
Gunsen zu verzeichnen. 2 Bewegungen für die auf
Buchbearbeitenden beschäftigten Kollegen und
Kolleginnen und 2 Bewegungen für die in der
Papierverarbeitungsfabrik Beschäftigten. Die hiesi-
gen Unternehmer haben den kürzesten Weg ge-
nommen und uns ohne jeden Kampf unsere Forde-
rungen bewilligt. Gatten wir am Anfang des
Vierteljahres einen Wochenlohn von 55 M., dann
hat er sich jetzt durch einen Sprung auf 80 M. er-
höht. Ebenso für die Kolleginnen von 21 M. auf
34 M. Außerdem 20 Proz. auf den Tarif. In der
Papierverarbeitungsfabrik von A. Widel (Reutels-
hof) hat unsere Organisation nach mühe-
voller Arbeit jetzt festen Fuß gefasst. Bei der
ersten Lohnbewegung erzielten wir für die männ-
lichen Mitglieder eine Erhöhung von 1,30 M. auf
1,40 M. Lohn und bei der zweiten Be-
wegung von 1,40 M. auf 1,60 M. Durchschnittslohn,
für die weiblichen Mitglieder kamen wir bei der
ersten Lohnbewegung von 40 Pf. auf 52 Pf. und bei
zweiter Bewegung von 52 Pf. auf 65 Pf. Durch-
schnittslohn. Diese Übergänge werden den Sprung
zum Reichstakt etwas erleichtern. Für diese
kampfbereue Durchbiegung schulden wir in erster Linie
unserem Gauleiter Luther-Magdeburg und unserem
Bevollmächtigten Schwarz, der auf dem Gebiete der
Lohnbewegung eine ganz energische Tatkraft ent-
faltete, was zur Modernisierung der jüngeren Berufs-
kollegen nicht warm genug empfohlen werden kann,
unseren Dank. Und auch der reiflosen Organisation
haben es die Kollegen und Kolleginnen zu verdanken,
dass wir ein gemaltig Stück vorwärts gekommen
sind. Der Mitgliederbestand betrug am Schlusse des
Quartals 22 männliche und 55 weibliche Mitglieder.

Rundschau.

× Sozialpolitisches aus Frankreich. Ein guter
Kenner der französischen Arbeiterversicherung hat auf
Anregung des Genossen Silberbach, der die Ver-
handlung n mit den französischen Arbeiterorganisa-
tionen bezüglich des Wiederanbaues leitet, nachfol-
genden Artikel geschrieben. Er wird auch für unsere
Mitglieder in der jetzigen Zeit besonderes Interesse
haben:

Frankreich war bisher äußerst rückständig
in der Kranken- und Invaliditätsver-
sicherung. In der Erkenntnis dieser Mängel
ist jetzt der französische Kammerkommission
für Arbeit und soziale Fürsorge ein Gesetzentwurf
zur Bearbeitung überreicht, der die obligatorische
Kranken- und Invaliditätsversicherung einführen
will. In den Motiven wird ausgesprochen, dass die
bemunderswerte innere Kraft Frankreichs, die jetzt
dieser Niederlage trotz, in erster Linie wohl auf
dem deutschen Charakter und der deutschen Disziplin
beruhe, darf aber auch eine erhebliche Rolle gespielt
habe die Organisation der Arbeiterversicherung mit
ihrem Milliardenvermögen, die ebenso wie die deut-
schen Gewerkschaften ein starkes Band der Einigung
darstelle. Da auch der Sieger verstehen müsse, von
seinem Gegner zu lernen, dürfe Frankreich nicht
säumen, entsprechende Einrichtungen zu schaffen. Es
sei sogar dazu gezwungen durch die Einverleibung
Elsass-Lothringens, in dem die deutsche Versicherung
bestehen bleibe. Die Einheitlichkeit müsse erzielt
werden durch eine Neugestaltung der französischen
Versicherung.

Der französische Referent vergleicht die deutsche
Gesetzgebung mit der englischen, die unter dem Ein-
flusse des deutschen Vorbildes in den Jahren 1906
bis 1912 entstanden ist. Die Altersversicherung
ist nach dem australischen System im Jahre
1900 eingeführt worden. Am 16. Dezember 1911

wurde das bedeutendste Gesetz dieser Art beschlossen,
das „Nationalversicherungs-Gesetz“, das die Kranken-
und Invaliditätsversicherung und für einzelne
Gruppen von Arbeitern auch die Arbeitslosenver-
sicherung brachte. Die Kranken- und Invaliditäts-
versicherung ist in den Grundzügen der deutschen
nachgebildet, unterscheidet sich jedoch in folgenden
Punkten: Da das englische Gesetz vom 1. August 1909
für Greise über 70 Jahre eine auch für den Krank-
heitsfall ausreichende staatliche Versorgung vorsieht,
erstreckt sich die Kranken- und Invalidenversicherung
nur bis zum 70. Lebensjahr. An Stelle des deut-
schen zentralen Verwaltungssystems ist die Selbst-
verwaltung der Kasse durch die Arbeiter eingeführt.
Wer seiner solchen Subskriptionsklasse angehört,
kann nur nach einjähriger Beitragszahlung Unterstützungs-
rechte erlangen.

In Belgien ist die Krankenversicherung am
8. Mai 1914 Gesetz geworden und durch die deutsche
Besatzungsbehörde in Wirksamkeit gesetzt worden.

Demgegenüber kennt Frankreich eine obligato-
rische Krankenversicherung nur für die Vergleite, und
die Invaliditätsversicherung ist unzulänglich. Der
zunehmende vorliegende Gesetzentwurf will sie ein-
führen für alle Arbeiter und Angehörige beiderlei
Geschlechts in Industrie, Handel, Landwirtschaft,
freien Berufen und Staatsanstellungen, die unter
5000 Franken (vor dem Kriege 4000 M., jetzt etwa
13 000 M.) Einkommen haben. Für die Erhebung
der Beiträge ist das System des prozentualen Lohn-
abzugs vorgesehen, um sich künftigen Lohnwan-
dungen selbsttätig anzupassen. Es ist vorgeschlagen,
2 Proz. vom Gehalt auf Kosten des Arbeitnehmers
und 1 Proz. auf Kosten des Arbeitgebers zu erheben.
— Der Staat soll pro Arbeitstag 25 Centimes (1 Centime
= 0,8 Pf. Reichsmark) beitragen. Da-
für soll im Krankheitsfall außer den Kosten für Arzt
und Apotheke für den Arbeiter und seine Angehörigen
ein tägliches Kranken- bzw. Invaliditätsgeld bezahlt
werden.

In der Organisation des Klassenwesens ist das
englische Schwerkraftsystem zum Vorbild ge-
nommen. Die Kassen sollen entweder durch die
Unterstützungsgesellschaften auf Gegenseitigkeit oder
durch die Gewerkschaften verwaltet werden. Nur wo
die Grundlagen dafür fehlen, soll das Arbeitsminis-
terium Departements- (Regierungsbezirk), Kreis- und
Gemeindeausschüsse damit betrauen. Außerdem sollen
in jedem Departement ein oder mehrere Sanatorien
für anstehenden Krankheiten Leidende, besonders
für Tuberkulosekranke, gebaut werden, wofür ein
Kredit von 30 Millionen Franken vorgeschlagen wird.
Die Sanatorien sollen mit der Kasse gemeinsam ver-
waltet werden. Ein Staatsamt für Kranken- und
Invaliditätsversicherung soll zur Überwachung der
Organisationen geschaffen werden.

So der Vorschlag. Es darf allerdings bezweifelt
werden, dass er in Frankreich so rasch Wirklichkeit
wird. Denn der Ministentag ist seit dem 23. April
1910 auf dem Papier eingeführt. Bisher ist aber
erst für die Leder- und Druckindustrien die erforder-
liche Ausführungsverordnung erlassen, und jüngst
musste die Confédération Générale du Travail (diese
entspricht dem Auschuß des Allgemeinen Gewerkschafts-
bundes in Deutschland) dagegen protestieren,
dass die Regierung bestrebt ist, seine praktische Ein-
führung immer länger hinauszuschieben. Auch in
der Leder- und Druckindustrie ist er mit dem Zugs-
standnis erlaubt, dass für 8 bzw. 4 Monate des
Jahres bei überstarkem Auftragsbestand der Minis-
trententag beibehalten werden kann. Hoffen wir,
dass bald auch in Frankreich die Gesundung der so-
zialen Verhältnisse — nicht nur in Gesetzespara-
graphen, sondern im Leben der Arbeiterklasse — sich
aufsetzt.

Zur Beachtung für Auswanderungssüchtige. Laut
Mitteilung des „Gewerkschaftlichen Nachrichten-
dienstes der Generalcommission der Gewerkschaften
Deutschlands“ wurden zur zuverlässigen
Information für Aus- und Einwanderer öffentliche
Auskunftsstellen eröffnet in Braunschweig, Augen-
markt 13, und Magdeburg, Kaiserstr. 48. In Hil-
desheim befindet sich eine solche Borerer Wirtsh. 16.

Vor der sogenannten Interesseneinigung
deutscher Auswanderer und der Sieblungsge-
sellschaft Nova Welera in Nürnberg. Leiter: Lehro
H. Wirth in Nürnberg, wird genannt. Die von
diesem Unternehmen verbreiteten Angaben usw.
entsprechen in keiner Weise den Tatsachen.

Rüsse nach der Ukraine haben gar keinen Wert,
können ihre Inhaber in den jugo-slavischen Län-
dern, die der Reisende nach der Ukraine passieren
muß, sogar in direkte Gefahr bringen, da diese Rän-
der eine „Ukraine“ nicht anerkennen. Reisende nach
Rugia erhalten keine Reiseerlaubnis durch Nord-
amerika. Die Lebenslojen in Nordamerika haben
sich nach amtlichen Nachrichten seit Dezember 1914
um 73 Proz. erhöht. Die Zahl der Auswanderer
aus den Vereinigten Staaten soll in den letzten
Monaten auf 30 000 je Monat gestiegen sein.

Nach einer Statistik des Arbeitsministeriums in Argentinien betragen die monatlichen Mindestausgaben für die Unterhaltung einer vierköpfigen Arbeiterfamilie etwa 129 Pesos pro Monat, der Peso zu 1,75 M. gerechnet. Dabei kommt in Betracht, daß Argentinien kein Industrie-, sondern ein ausgesprochenes Agrarland ist, Industriearbeitern also keine günstigen Ausblicke bietet. Das Repräsentantenhaus in Melbourne (Australien) hat ein Gesetz angenommen, durch das den Angehörigen „feindlicher“ Länder die Einwanderung für die nächsten 5 Jahre verboten ist. Der japanische Kommandant der früher deutschen Südseeinseln hat „feindliche Untertanen“ ausgewiesen.

Auf eine Umfrage im englischen Unterhause erklärte nach „Manchester Guardian“ der Minister, daß Deutsche, die englischen Boden zu Handelszwecken betreten und dort „als Leute erkannt werden, die sich während des Krieges Greueln gegen unsere Soldaten haben zuschuldenkommen lassen“, dem Ministerium angezeigt werden sollen. Damit ist gebührende Denunziationen Tür und Tor geöffnet.

Wie die „Times“ melden, sollen die vier amerikanischen Staaten Mexiko, Brasilien, Uruguay und Paraguay Maßnahmen zur Erschwerung der Einwanderung vorbereiten.

Alterartliches.

Der Neue Westkalender für das Jahr 1920. Verlag Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Muer u. Co. in Hamburg. Preis 80 Pf. 44. Jahrgang.

Inserm lieben Kollegen und Schriftführer
Fritz Neidinger
und seiner lieben Frau zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.
Zahlsche Heibelberg.

Inserm lieben Kollegen
Albert Schumacher
zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche von den Kollegen und Kolleginnen der Firma Kartophol, Bin. Schöneberg.

Ortskrankenkasse der Buchbinder und verwandter Gewerbe zu Berlin.

Einladung
zu der am Donnerstag, den 13. November, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelsufer 15, Saal 3, stattfindenden **ordentlichen Ausschußsitzung**
Tagesordnung:

1. Protokollverlesung.
2. Festsetzung des Voranschlages für 1920.
3. Satzungsänderung § 18, 28, 31 und 47.
4. Aenderung der Dienstordnung.
5. Wahl der Prüfungskommission zur Abnahme der Jahresrechnung 1919.
6. Verschiedenes.

Der Vorstand.
H. Gottesmann, Vors. Fr. Neefe, Schriftf.
Gesucht werden für sofort mehrere **Falzerinnen und Helferinnen** für Buchdrabstmaschinen. Großbuchbinderei: Mohr & Weber, Frankfurt am Main, Hanauerlandstraße 149.

Tüchtiger Etuis-Eischler
sofort gesucht.
Heinr. Otto Müller,
Magdeburg-Gracau, Genthinerstr. 26.

Eine gutgehende Papierhandlung
in einem südlichen Berliner Vorort preiswert zu verkaufen.
Anfragen sind zu richten an die „Buchbinder-Zeitung“ unter **N. 21.**

Buchbindertalito
ca. 1000 m, gute Qualität, greifbar **gesucht.**
Offerten unter „N. 2. 3109 M“ an **Daasenslein & Vogler H. G., Cassel.**

Arbeitslosen-Zuschußkasse für Buchbinder und verw. Berufe in Berlin.

Freitag, den 28. November, abends 8 Uhr, im Lokal „Zum Alexandriner“, Alexandrinerstraße 37a:
Außerordentliche Generalversammlung
Tagesordnung:
1. Der Ausbau unserer Unterstützungsrichtungen. 2. Verschiedenes.
Anträge aus Mitgliederkreisen müssen bis 16. November in den Händen des Unterzeichneten sein.
Der Vorstand.
J. A. P. Serzog, Vln.-Mariendorf, Kaiserstr. 144.

Ia Knochenleim
hellbraun, in sehr dickflüssiger fast fester Form, von vorzüglicher Klebkraft und Ausgiebigkeit für das gesamte Buchbindergewerbe, sehr zu empfehlen, ein größeres Quantum abzugeben. Anfragen befördert unter **O. G. 1193** die Annoncen-Expedition V. Dittmann, Gelsenkirchen.

Abrechnung

vom Streik in der Luxuspapierbranche (Chromolithographische Anstalten und photographische Kunstdruckindustrie).

Einnahme:

Zentralkasse	38 448,05 M.
Zotalkasse	18 192,80 „
Summa	56 640,85 M.

Ausgabe:

Zentralkasse	Zotalkasse
102 verheiratete Kollegen 7 048,80 M.	1 721,85 M.
82 ledige Kollegen	1 420,85 „ 628,80 „
1098 Kolleginnen	27 741,95 „ 15 841,65 „
155 Kinder	1 101,95 „
An die Streikleitung	1 090,00 „
Saalmiete	50,00 „
Summa	38 448,05 M. 18 192,80 M.

Abrechnung

vom Streik der Albums, Mappen- und Galanteriebranche vom 5. Juli bis 31. Juli 1919.

Einnahme:

Zentralkasse	11 110,80 M.
Zotalkasse	5 848,75 „
Summa	16 959,55 M.

Ausgabe:

Zentralkasse	Zotalkasse
125 verheiratete Arbeiter 7 577,90 M.	2 241,75 M.
16 ledige Arbeiter	502,00 „ 197,00 „
84 Arbeiterinnen	2 365,60 „ 1 194,00 „
97 Kinder	466,80 „
An die Streikleitung	108,00 „
Mietunterstützungen	2 225,00 „
Summa	11 110,30 M. 5 848,75 M.

Berlin, den 30. September 1919.
Franz Wyromski, Kassierer.
Die Revisoren:
Franz Macal. Otto Hill.

Abrechnungen

vom 3. Quartal gingen weiter bis zum 27. Oktober bei der Verbandskasse ein von: Brandenburg 175,— M., Potsdam-Nowawes 300,— M., Rathenow 1600,— M., Königsberg — M., Wicherleben 3000,— M., Dessau 300,— M., Salberstadt 184,87 M., Magdeburg 4250,— M., Bremen 1400,— M., Kiel 715,77 M., Rühringen-Wilhelmsbagen 221,— M., Schwerin 200,— M., Gau 8 1000,— M., Hannover 6542,40 M., Minden — M., Nachen 400,— M., Essen a. Ruhr 1300,— M., Wiesdorf a. Rh. 1250,— M., Burgstädt — M., Dresden 20 000,— M., Grimma 1700,— M., Meissen — M., Plauen i. B. 1100,— M., Heitlingen 1000,— M., Regensburg 608,47 M., Schweinfurt 100,— M., Augsburg 600,— M. **F. r. Lender.**

Tüchtiger Werkführer,

auch im Kalkulieren erfahren, für Notizbücherfabrik in Mitteldeutschland gesucht.
Lebensstellung.
Offerten an die Buchbinder-Zeitung unter **N. 28. 100.**



WIRIL Klebstoffe

sind allen voran
Glänzende Begutachtungen
Lieferanten von Staats- u. städt. Behörden, industriellen Werken u. der Handelswelt.
Muster v. 5kg gern zu Diensten, Verwendungsart bitte angeben!

Chemisch-Technische Werke
Willybald Richter
Leipzig Quersstr. 4/6

Tel. 3049, 11248 ★ Telegr. Adr. Wirilwerke
Zur Messe: Zeisighaus I, Obergeschoß Stand 74/76.